



Dr. Ulrich Reuter:

Neuer KPV-Kreis-Chef Aschaffenburg-Land

Der Landrat kündigte für dieses Jahr Informationsveranstaltungen zur Fraktionsarbeit im Gemeinderat sowie zur Öffentlichkeitsarbeit an. **Seite 11**



Beate Altmann:

Frauen-Power bei der KPV Neu-Ulm

Die Kreisrätin wurde zur Nachfolgerin von Kreisvorsitzendem Pressl bestimmt. Sie avisierte Schulungen im Haushalts- und Satzungswesen. **Seite 11**



Alfons Zeller:

Transparenz bei Qualität und Preis in Schwaben

Welche Rezepte die Ferienregion entwickelt hat, um sich für die Zukunft zu stärken, erläuterte der Tourismusverbandsvorsitzende im GZ-Gespräch. **Seite 6**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 26. Juni 2003

54. Jahrgang / Nummer 13

Generationenstudie 2003:

Heimatgefühl und Heimat in Bayern

Besondere Lebensqualität im Freistaat
Studie des Hamburger Instituts GMS Dr. Jung

In einer repräsentativen Umfrage unter 1.861 Befragten hat das Hamburger Institut GMS Dr. Jung Gesellschaft für Marktforschung im Auftrag der Münchner Hanns-Seidel-Stiftung „Heimat und Heimatgefühl in Bayern“ untersucht. Nach zwei Generationenstudien 2001 und 2002, die in den vergangenen Jahren aufgrund bundesweiter Befragungen vorgenommen wurden und jeweils große Resonanz in der Öffentlichkeit und der Publizistik erfahren hatten, sollte mit dieser Studie dieser Forschungsansatz auch auf eine Bayern-Studie angewandt werden. Im Mittelpunkt der Umfrage standen aktuelle Einstellungen zu Politik und Gesellschaft im Freistaat.

Stolz sind demnach die Bayern auf ihr Bundesland vor allem wegen der schönen Landschaften (91%), der lebendigen Traditionen (77%), der wissenschaftlichen Leistungen (71%) und der Bildungseinrichtungen (70%). Die Bewohner des weiß-blauen Bundeslandes haben ein besonders vertrautes Verhältnis zu ihrer Heimat, denn 85% fühlen sich ihrem Wohnort bzw. ihrer Region eng oder sehr eng verbunden. Das Heimatland Bayern folgt dicht darauf mit 80%, während Deutschland und vor allem Europa ein deutlich niedrigeres Verbundenheitsgefühl auslösen. Die Zahlen belegen, dass das Heimatgefühl für das Bundesland in Bayern eine ähnlich hohe Bedeutung hat wie die lokale Identität. Dabei ist die Sicht dessen, was als typisch bayerisch bezeichnet werden kann, generationen- und regionenübergreifend weitgehend identisch.

Positives Selbstbild

Angesichts der positiven Sicht des Lebens in Bayern und der großen Relevanz der Menschen für das Wohlfühl, das man mit dem Leben in Bayern verbindet, verwundert es nicht, dass die Bayern sich im Selbstbild ausgesprochen positiv schildern. Sieht

man einmal von einer gewissen Selbstkritik bezüglich Sturheit, Granteln, fehlender Toleranz und Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem ab, ergibt sich ein alles in allem recht positives Selbstbild einer Bevölkerung, die traditionsbewusst, religiös, patriotisch, aber auch gastfreundlich, fleißig und ordentlich ist und selten zu Überheblichkeit neigt.

Vertrauen in die bayerische Politik

Auch wenn sich die Bayern überwiegend als traditionsbewusst und Neuem gegenüber als weniger aufgeschlossen bezeichnen, bejahen dennoch 71% die Notwendigkeit von Veränderungen mit Opfern in der aktuellen Diskussion um den Sozialstaat. Die konkrete Bereitschaft zu Einschränkungen ist mit 52% bei der Arbeitszeit am größten, während bei Krankenversicherungsleistungen nur 26% und bei

Rentenversicherungsleistungen nur 25% der Befragten zu Konzessionen bereit sind. Die große Verbundenheit der Bayern mit ihrem Heimatland wirkt sich auch auf das Vertrauen in politische Institutionen aus. Während man der Bayerischen Staatsregierung (50%) und dem Bayerischen Ministerpräsidenten ähnlich häufig vertraut wie der am höchsten eingestuften Polizei (59%), dem Bundesverfassungsgericht oder dem Bundespräsidenten, ergeben sich für Bundesregierung (15%), Gewerkschaft-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Konjunkturumfragen der Kammern:

Talsole erreicht, Stimmung leicht gestiegen

Keine Anzeichen eines Aufschwungs / Große Schwierigkeiten im Handwerk

Zwar sind noch keine Anzeichen für einen nachhaltigen Konjunkturaufschwung in Sicht, aber immerhin scheint die Talfahrt der bayerischen Wirtschaft zu Ende zu sein. Die Konjunkturentwicklung in Bayern hat die Talsole offenbar erreicht. Dies ist das Ergebnis der aktuellen Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) unter rund 2500 Unternehmen, das BIHK-Hauptgeschäftsführer Reinhard Dörfler jetzt der Öffentlichkeit bekannt gegeben hat.

Im bayerischen Handwerk hat sich die Lage nicht gebessert, wie eine Umfrage des Bayerischen Handwerks (BHT) ergab. Dazu sagte BHT-Prä-

sent Heinrich Traublinger: „Die Stimmung im Handwerk ist so schlecht wie nie zuvor.“ In der bayerischen Wirtschaft ist die Stimmung der Unterneh-

men leicht gestiegen. Zwar ist die Wirtschaft mit der aktuellen Lage weiterhin sehr unzufrieden, doch rechnet sie damit, dass sich die Situation in den nächsten Monaten zumindest nicht mehr weiter verschärft. Allerdings haben die Exportaussichten einen Dämpfer durch den starken Euro erhalten.

Stagnation auf sehr niedrigem Niveau

Der Anteil der Pessimisten ist von 27% (Januar 2003) auf 18% zurückgegangen. Allerdings haben sich die optimistischen Prognosen mit 13 (Januar 2003: 12%) quer durch alle Branchen kaum erhöht, 69 (61%) der Unternehmen erwarten keine Veränderung der Geschäftsentwicklung. „Damit korrigieren die leicht gestiegenen Geschäftserwartungen lediglich den massiven Stimmungseinbruch zu Jahresbeginn 2003“, dämpft BIHK-Hauptgeschäftsführer Reinhard Dörfler allzu große Hoffnungen auf eine Trendwende. Von eindeutigen Anzeichen eines Auf-

schwungs könne noch nicht die Rede sein, da wesentliche Indikatoren, wie Investitionsabsichten, auf sehr niedrigem Niveau stagnieren und zudem die Exportaussichten zurückgeschraubt wurden. Auch wollen die Unternehmen weiterhin Personal abbauen, in einigen Branchen allenfalls zögerlicher als zuvor.

Die Industrieunternehmen können sich nach wie vor nicht aus der Flaute befreien. Zwar (Fortsetzung auf Seite 4)



„Freiheit heißt Verantwortung. Deshalb wird sie von den meisten Menschen gefürchtet.“ Dieses Zitat von George Bernard Shaw gilt nicht für unseren Bürgermeister. Er ist dafür, den Spielraum der Kommunen zu erweitern, damit sie sich passende Lösungen stricken können. Siehe jüngstes Beispiel: gebührenpflichtige Stellplätze. **Seite 11**



Begeistert gefeiert wurde bei der Hauptkundgebung des 54. Sudetendeutschen Tages in Augsburg Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber ob seines klaren Eintretens für die Rechte der Vertriebenen. Im Bild (v. r.): der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich, das Ehepaar Karin und Edmund Stoiber, der Bundesvorsitzende der SL, Bernd Posselt (vgl. S. 3). Bild: -jdt

Sie lesen in dieser Ausgabe

Für Wasser und Abwasser müssen noch Milliarden fließen	Seite 2
Verbandsversammlungen der Spitzenverbände	2
Initiativen für Bayerns Kommunen	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Gemeinden brauchen kalkulierbare Einnahmen	3
Stoiber fordert hartes „Nein“ gegen starre Politik Prags	3
Positive Jugendherbergsbilanz	3
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV	5 - 7
Abfall · Altlastensanierung	8/9
Wasser · Abwasser	9 / 10
Aus den bayerischen Kommunen	11 / 12

Postretirensstück - Gebühr bezahlt - B 1578 - Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Update 2003

Behörde erneut in Garching

Am 2. Juli trifft sich die kommunale EDV-Szene im Garchinger Bürgerhaus. Die Bayerische Gemeindezeitung lädt gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zu ihrer 7. Zukunftswerkstatt „Die virtuelle Behörde“.

Unsere Themen:

Behördenanwendungen

Kameralistik versus kaufmännische Buchhaltung, digitale Signatur, Bürgerinformationssysteme, Haushaltsinterne Prozesse, Einsparpotenziale, Beschaffung

Internet/Intranet

Bürger und Amt in Internet und Intranet, Dokumente und Formulare, Lebenslagen-Konzept, Marktplatz Bayern, Portale, Sicherheit

Geo-Informationssysteme

Baugenehmigungsverfahren, digitale Flurkarte, Katasteramt, Geoprtale, Gewerbeflächenmanagement

Werthaltigkeit

Kosten-/Nutzen-Reaktion

Netzwerke

Mobilfunknetze

Eine dreitägige Motorradtour der Luxusklasse für zwei Personen mit einem BMW-Motorrad winkt als Hauptgewinn bei unserer Verlosung.

Anmeldung:
www.gemeindezeitung.de

Wir freuen uns auf
Ihr Kommen!

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther König
95700 Neusorg
am 8.7.

Bürgermeisterin
Renate Herrmann
91607 Flachslanden
am 10.7.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jakob Scharf
92449 Steinberg
am 4.7.

Bürgermeister Hans Assum
91617 Oberdachstetten
am 5.7.

Bürgermeister Anton Graf
89290 Buch
am 8.7.

Bürgermeister
Günther Knobloch
84453 Mühldorf a. Inn
am 8.7.

Bürgermeister Helmut Will
97638 Mellrichstadt
am 11.7.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Klaus Habermann
86551 Aichach
am 9.7.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Wagner
94345 Aholting
am 13.7.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernd Reisenweber
96237 Ebersdorf
am 3.7.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Michael Fahnmüller
84384 Eggtham
am 1.7.

Für Wasser und Abwasser müssen noch Milliarden fließen

Landtag diskutiert Bericht des Umweltministeriums
Kleinkläranlagen für ein halbe Million Menschen

Wasserversorgung und vor allem Abwasserbeseitigung waren und bleiben ein „dynamisches Thema“ für das die Kommunen und der Freistaat Milliarden aufwenden müssen. In diesem Sinn hat das Umweltministerium Stellung genommen. Im Landtag stimmen alle Fraktionen in der Tendenz überein, diesen Schwerpunkt im Etat durch Fördermittel zu betonen, wobei im Abwasserbereich den Kleinkläranlagen eine begrenzte Bedeutung zukommt.

Im Haushaltsausschuss stand ein „Erfahrungsbericht zur RZWas 2000“ auf der Tagesordnung. Die im Sommer 2000 geänderten Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben regeln die Festbetragsfinanzierung nach Anlagegröße bei vereinfachtem Verwendungsnachweis durch die Kommunen. Die Pauschale wurde durch gezielte Förderung abgelöst. Der zuständige Ministerialrat Gustl Geisenhofer gab zunächst eine Bilanz: Heute sind demnach rund 98,5% der bayerischen Bevölkerung an 4100 öffentliche Wassergewinnungsanlagen angeschlossen und ist die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser „nahezu flächendeckend gesichert“. An rund 3000 öffentliche Abwasserreinigungsanlagen sind etwa 94% der Menschen sowie „eine Vielzahl von Industrie- und Gewerbebetrieben“ angeschlossen.

Ziel in der Abwasserentsorgung ist es, bis Ende 2005 den Anschlussgrad an öffentliche Kläranlagen auf 96% anzuheben. Das Ministerium geht davon aus, dass rund 500 000 Menschen, gleich 4% der Bevölkerung „auf Dauer über private Kleinkläranlagen zu entsorgen sein“ werden. Für sie werden „Nachrüstungen“ ins Auge gefasst. Für weitere 200 000 Menschen, meist in kleinen Ortsteilen, geht es um eine „erstmalige abwassertechnische Erschließung, um Nachrüstungen bestehender Anlagen und um die Erneuerung undichter Kanäle mit Baujahr vor 1960. Alles in allem rechnet das Umweltministerium beim Abwasser mit etwa 2,5 Milliarden € zuwendungsfähiger Kosten, was einen Förderungsbedarf aus der Staatskasse von rund 1 Milliarde € bedeutet.

Schutzkonzepte

Bei der künftigen RZWas-Förderung liegt der Schwerpunkt nicht mehr im weiteren Ausbau sondern bei den Schutzkonzepten der Wasserversorgungsunternehmen. Das Ministerium geht davon aus, dass sich rund 1% der Bewohner Bayerns längerfristig über eigene Hausbrunnen versorgen. Für die zentralen Versorgungsanlagen geht es um die verschärften Qualitätsanforderungen für Trinkwasser, vor allem durch Ersatz schadhafter

und technisch „völlig unzureichender Wasserleitungen“, soweit vor 1960 gebaut und noch nicht gefördert. Das Ministerium kalkuliert etwa 400 Millionen € „zuwendungsfähige“ Kosten, woraus sich nach den Richtlinien ein staatlicher Förderbetrag von rund 180 Millionen € errechnet.

96 % Anschlussgrad

Ziel in der Abwasserentsorgung ist es, bis Ende 2005 den Anschlussgrad an öffentliche Kläranlagen auf 96% anzuheben. Das Ministerium geht davon aus, dass rund 500 000 Menschen, gleich 4% der Bevölkerung „auf Dauer über private Kleinkläranlagen zu entsorgen sein“ werden. Für sie werden „Nachrüstungen“ ins Auge gefasst. Für weitere 200 000 Menschen, meist in kleinen Ortsteilen, geht es um eine „erstmalige abwassertechnische Erschließung, um Nachrüstungen bestehender Anlagen und um die Erneuerung undichter Kanäle mit Baujahr vor 1960. Alles in allem rechnet das Umweltministerium beim Abwasser mit etwa 2,5 Milliarden € zuwendungsfähiger Kosten, was einen Förderungsbedarf aus der Staatskasse von rund 1 Milliarde € bedeutet.

Weniger Geld, aber dafür schneller

In der Aussprache begrüßten die Sprecher der Fraktionen zwar die Bemühungen der

Staatsregierung, bewerteten sie jedoch in bestimmten Punkten unterschiedlich bis gegensätzlich. Zur Förderschwelle meinte der CSU-Experte Walter Hofmann, Bayern sei zwar mit seinem Fördervolumen „einsame Spitze aller Länder“, doch die Gemeinden forderten, gebt uns lieber etwas weniger, aber dafür schnell, damit wir nicht auf die Banken zur teuren Zwischenfinanzierung angewiesen sind“. Eine „punktgenaue Landung“ sei mit der RZWas leider nicht möglich. Bauabschnitte von 15 bis 20 Jahren seien zu lang. Die Kommunen sollten sich auf das Wesentliche beschränken. Dezentrale Anlagen würden Gemeinden und Staat viel Geld ersparen. Mit dem jetzigen Fördersystem lasse sich trotz mancher Vorbehalte leben und arbeiten.

Probleme mit der Eigenfinanzierung

Klaus Wolfrum (SPD) meinte, die Anhebung der Förderschwelle sei „nicht das Gelbe vom Ei“, sie sollte gesenkt und die Fördersätze sollten erhöht werden. Viele Gemeinden hätten wasserwirtschaftliche Vorhaben nicht angemeldet, weil sie sich die Eigenfinanzierung nicht leisten können. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Johannes Strasser (SPD) fragte, ob die staatliche Förderung wirklich als freiwillige Leistung einzustufen sei, wo doch das Landesentwicklungsprogramm sage, „dass wir in allen Landesteilen vergleichbare Situationen zu schaffen haben“.

Verhältnismäßigkeit

Für Emma Kellner (Grüne) heißt das Förderziel „Umweltschutz sowie Verhältnismäßigkeit der Gebühren“. In den Städ-

Verbandsversammlungen der Spitzenverbände

Verband der bayerischen Bezirke 3./4. Juli 2003:

Blickpunkt Mensch

Die Integration von Menschen mit Behinderung als gesamtgesellschaftliche Herausforderung steht im Mittelpunkt der Jahrestagung des Verbands der Bayerischen Bezirke am 3./4. Juli in der Aschaffener Stadthalle. Als Hauptrednerin erwartet Präsident Dr. Georg Sinnacher die bayerische Sozialministerin Christa Stewens.

Bayerischer Städtetag 10./11. Juli 2003:

„Krise der Städte - Krise des ganzen Landes“

Der Bayerische Städtetag findet am 10. und 11. Juli 2003 im Kur- und Kongress-Center Bad Windsheim statt. Im Mittelpunkt der Tagung wird die Finanzsituation der Städte und Gemeinden stehen. Zur Diskussion mit den Kommunalpolitikern lud Städtetagsvorsitzender, OB Josef Deimer, Finanzstaatssekretärin Dr. Barbara Hendricks, Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltthäuser, Prof. Thomas Bauer, Vizepräsident des Verbandes der Bayerischen Wirtschaft, sowie Prof. Dr. Lorenz Jarass, Mitglied des wissenschaftl. Beirats der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzien, ein. Die Argumente des Städtetags vertreten die Oberbürgermeister von München und Regensburg, Christian Ude und Hans Schaidinger, sowie Rudolf Schupp, Erster Bürgermeister der Stadt Berchtesgaden.

ten würden vergleichsweise „horrende Gebühren“ verlangt. Sie, wie auch die SPD-Abgeordneten hielten der CSU vor, sich zu spät und zu zögerlich für Kleinkläranlagen auf pflanzlicher Basis eingesetzt zu haben. Im Sinne des Umweltschutzes empfahl Frau Kellner, weniger Boden zu versiegeln und mehr

Flächen zum Versickern des gereinigten Abwassers zu schaffen. Ausschussvorsitzender Manfred Ach (CSU) empfahl weitere Gespräche mit dem Ministerium. Da der Haushaltsausschuss nur für die Finanzen zuständig sei, sollte die Diskussion im Landtag zusammen mit dem Umweltausschuss geführt werden. **rm**

Faltthäuser zu Gemeindefinanzien:

Bayerisches Sofortprogramm in Berlin erfolgreich!

„Das bayerische Sofortprogramm zur finanziellen Entlastung der Kommunen ist einen entscheidenden Schritt vorangekommen“ erklärte Finanzminister Kurt Faltthäuser nach der Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrates in Berlin. „Die Finanzminister der unionsregierten Länder haben die bayerischen Vorschläge geschlossen unterstützt und damit den Weg für eine rasche und wirksame Hilfe für die Kommunen freigemacht“ so Faltthäuser.

„Die Entscheidung hat wieder einmal die Doppelzüngigkeit der SPD deutlich gemacht: Während die SPD in Bayern vehement Hilfe für die Kommunen einfordert, verweigert sie dort, wo sie Regierungsverantwortung trägt, diese Hilfe. Damit werden die Forderungen der SPD in Bayern vollständig unglaubwürdig. Außer wohlfeilen Ankündigungen dürfen sich die Kommunen von der SPD nichts erhoffen“, stellte Faltthäuser fest.

Reduzierung der Gewerbesteuerumlage

Allein in diesem Jahr sollen durch das bayerische Sofortprogramm 2,0 Milliarden Euro zusätzlich in die Gemeindekassen fließen, im nächsten Jahr sollen es 3,4 Milliarden Euro sein.

Die Verbesserungen auf der Einnahmenseite werden durch eine Reduzierung der Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der rot-grünen Steuerreform ab dem Jahr 2003 und durch eine vorübergehende Erhöhung des Anteils der Kommunen am Aufkommen der Umsatzsteuer im Jahr 2004 erreicht. Die finanzielle Situation der Kommunen wird also verbessert, ohne den Bürger zu belasten.

„Verbesserungen auf der Einnahmenseite wären aber vergeblich, wenn nichts zur Eindämmung der Ausgaben der Kommunen getan würde“, so Faltthäuser. Hierzu sieht das Sofortprogramm verschiedene Maßnahmen vor. So soll es bei der Sozialhilfe und bei der Kinder- und Jugendhilfe zu wirksamen Entlastungen kommen. Die Grundsicherung, eine Art Min-

destrente ohne Eigenvorsorge oder Eigenleistung, sollte am besten ganz aufgehoben werden, zumindest aber muss der Bund den Kommunen die Belastung durch die neue Aufgabe vollständig ausgleichen. Für Menschen mit Behinderung ist ein eigenes Leistungsgesetz des Bundes vorzubereiten. Als Schutz vor neuen Belastungen ist die Einführung des Konnexitätsgedankens auf Bundesebene angedacht.

Faltthäuser appellierte an Berlin, die bayerischen Vorschläge möglichst schnell aufzugreifen und sich für die Umsetzung im Bundestag einzusetzen. „Hier steht ein echter Prüfstein für die Kommunalfreundlichkeit der Bundesregierung.“

Stockstadt wird Markt

„Die positive Entwicklung der Gemeinde Stockstadt a. Main (Landkreis Aschaffenburg) erreicht mit der Verleihung der Bezeichnung ‘Markt’ ihren Höhepunkt“, betonte Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Überreichung der Markterhebungsurkunde am 31. Mai 2003. Damit wird Stockstadt a. Main Bayerns 382. Markt. Bisher durften sich von den insgesamt 2.056 bayerischen Gemeinden 313 Stadt und 381 Markt nennen. Zuletzt erhielt die Gemeinde Mainle im Landkreis Kulmbach das Prädikat ‘Markt’ im Jahr 2000 verliehen.

SPD-Resolution:

Gemeinschaftsinitiative für Bayerns Kommunen

Beim Landesparteitag der BayernSPD in Augsburg verabschiedeten die Genossen eine Resolution zum Thema „Gemeinschaftsinitiative für Bayerns Kommunen“. Darin wird der Freistaat Bayern unter anderem aufgefordert, die Kommunalfinanzien nachhaltig zu stärken. Die Staatsregierung wird ersucht, ihren Anteil an der erhöhten Gewerbesteuerumlage den bayerischen Kommunen zur Verfügung zu stellen. Der Landesparteitag hält es für notwendig, die Solidarumlage für alle bayerischen Kommunen zu senken und die Grenzlandgemeinden von der Solidarumlage gänzlich zu befreien.

Die Bayerischen Staatsministerien für Finanzen sowie für Landesplanung und Umweltfragen sind laut Resolution aufgefordert, die entsprechenden Vorschläge zur Entlastung bzw. Befreiung der bayerischen Kommunen von der Solidarumlage zu erarbeiten.

Kritik an der Staatsregierung

Heftig kritisierte der Landesparteitag den Umgang des Freistaats Bayern mit seinen Kommunen. Die bayerischen Kommunen hingen am Tropf des Freistaats, ihre Situation habe sich gegenüber den Vorjahren dramatisch verschlechtert. So sei Bayern das einzige Bundesland, das die Personalkosten der öffentlichen Schulen nicht in vollem Umfang trägt, sondern im Widerspruch zur Verfassung teilweise den Kommunen aufbürdet.

Das Kinderbetreuungskonzept der Staatsregierung, das mit dem 2. Nachtragshaushalt 2002 im Herbst 2001 verabschiedet wur-

de, koste die Kommunen gut 300 Mio. € Bei der Schülerbeförderung würden anstelle der versprochenen 80 Prozent nicht einmal mehr 60 Prozent durch den Freistaat bezahlt.

Finanzsituation verbessern

Der Freistaat wälzt nach Ansicht der SPD auch die steigenden Kosten durch Computerausstattung und Computerbetreuung an den bayerischen Schulen auf die Kommunen ab. Die Kommunen bezahlten zusätzlich für Schulsozialarbeit und die Baukosten für die R6. Der Landesparteitag forderte daher die Bayerische Staatsregierung und die CSU im Landtag auf, sich nicht weiterhin den parlamentarischen Initiativen für eine nachhaltige Verbesserung der Finanzausstattung der bayerischen Kommunen zu widersetzen.

Kommunalanteil erhöhen

Als unumgänglich halten die bayerischen Genossen in diesem

Zusammenhang eine Erhöhung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund (Einkommen-, Körperschafts-, Umsatzsteuer, Gewerbesteuerumlage). Der Anteil der bayerischen Kommunen daran betrage lediglich 11,54 Prozent und sei damit mit Abstand der niedrigste unter allen alten Flächenländern. Notwendig wäre eine schrittweise Anhebung auf zumindest 15 Prozent bis zum Jahr 2006. Damit würden auch die Schlüsselzuweisungen pro Kopf in Bayern ansteigen.

Konnextitätsprinzip

Der Landesparteitag begrüßte es, dass es nunmehr mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf aller Fraktionen im Bayerischen Landtag gelingen wird, ein striktes Konnextitätsprinzip in der Bayerischen Verfassung zu verankern. Dies führe aber nur dann zu einer verbesserten Finanzlage der Kommunen, wenn bisherige Benachteiligungen durch den Freistaat ausgeglichen werden und die Mittel für den kommunalen Finanzausgleich unangetastet bleiben. Damit führten endlich die wiederholten Vorstöße der SPD-Landtagsfraktion zum Erfolg, durch die Aufnahme des Prinzips „Wer anschafft, muss auch bezahlen“ eine aufgabengerechte Finanzausstattung der bayerischen Kommunen verfassungsrechtlich abzusichern. **DK**

54. Sudetendeutscher Tag in Augsburg:

Stoiber fordert hartes „Nein“ gegen starre Politik Prags

Schirmherr fordert Schließung der Gerechtigkeitslücken „Augsburger Appell“ / Karlspreis für Staatsminister a. D. Franz Neubauer

Augsburg (jdt). Mit harter Kritik verurteilte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber beim 54. Sudetendeutschen Tag in Augsburg das Festhalten der Prager Regierung an den Benesch-Dekreten. Als Hauptredner der Großkundgebung in der überfüllten Schwabenhalle des Messezentrums zeigte sich Stoiber empört über die immer wiederkehrenden demonstrativen Bestätigungen der Unrechtsgrundlagen für die Verfolgung und Vertreibung der rund 3,5 Millionen Sudetendeutschen. Dass der tschechische Ministerpräsident Spidla kürzlich in Frankfurt wiederum gesagt habe, die Benesch-Dekrete „sind gültig und bleiben gültig“, passe ganz und gar nicht in die Verpflichtung, gute Nachbarschaft aufzubauen.

Mit großem Nachdruck bestand der Ministerpräsident, der von den Kundgebungsteilnehmern immer wieder mit starkem Beifall unterbrochen wurde, darauf, die Führung im Nachbarland müsse sich in die europäische Werteordnung einfügen. Mit der Äußerung Spidlas seien auch alle jene in Berlin und Brüssel brüskiert worden, die

schädigen zu wollen. Von Stoiber wurde begrüßt, dass die Sudetendeutsche Landsmannschaft ein Büro in Prag eröffnet habe, wobei es Zustimmung und Proteste zu registrieren gelte.

Treue gehalten

Der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmann-

„Die Vertreibung hat für viele Ungerechtigkeit und großes Leid bedeutet ... Die Zeit ist gekommen, die Wunden, die wir uns in der Vergangenheit gegenseitig zugefügt haben, gemeinsam zu heilen. Es ist mir sehr bewusst, liebe Freunde, dass Unrecht tiefst geschah, als Deutsche und Ungarn nach dem Krieg vertrieben wurden“. Der Präsident versicherte, das Leid der Vertriebenen sei nicht vergessen. In der Rechtsgemeinschaft der Europäischen Union sehe er, Cox, „eine Garantie für gemeinsame Werte. Kein Bürger darf innerhalb der EU diskriminiert werden“.

Der Sprecher der SL, Landtagspräsident Johann Böhm, stellte heraus, dass es seinen Landsleuten vorrangig um die Anerkennung von Recht und Moral gehe. Für die Sudetendeutsche Jugend erklärte deren Vorsitzender Robert Wild die Bereitschaft zur Mitarbeit am Weiterbau des gemeinsamen Hauses Europa. Viel Applaus gab es beim farbenfrohen Einzug der Fahnenabordnungen aus dem In- und Ausland und der Trachtler. Das Totengedenken sprach der Kreisvorsitzende der SL Augsburg, Gerhard Müller.

Tschechischer Priester grüßte „Landsleute“

Vorausgegangen war der Kundgebung in der vollbesetzten Schwabenhalle der große Festgottesdienst mit dem sudetendeutschen Visitator, Pater Norbert Schlegel. Neben ihm am Altar standen u.a. der Sekretär der Tschechischen Bischofskonferenz, Pater Daniel Herman (Prag), der aus Prag bzw. Karlsbad stammende Augsburger Domkapitular Prälat Dr. Wolfgang Klieber und der aus einem berühmten böhmischen Adelsgeschlecht stammende Pater Angelus Waldstein (Kloster Ettal). Pater Herman richtete ein herzliches Grußwort an seine sudetendeutschen „Landsleute“.



Viele Glückwünsche gab es beim Sudetentag 2003 in Augsburg für den neuen Träger des europäischen Karls-Preises der SL, Staatsminister a. D. Franz Neubauer. Unser Bild zeigt von links: Visitator Pater Norbert Schlegel, Franz Neubauer, die sudetendeutsche Unternehmerin Marlene Wetzels-Hackspacher, Weinprinzessin Diana Warmuth (Bad Bocklet), Regina von Habsburg, Otto von Habsburg, Renate Hackspacher. Bild: jdt

sich einredeten, die Benesch-Dekrete seien nicht mehr gültig.

Verletzte Rechtsempfinden

Von Stoiber wurde bedauert, dass das verletzte Rechtsempfinden der Sudetendeutschen bisher nicht geheilt worden sei. Dass alle CSU-Abgeordneten im Europa-Parlament gegen den Beitritt der Tschechischen Republik gestimmt hätten, sei kein „Nein“ gewesen gegen das tschechische Volk: „Aber es war ein Nein gegen die starre tschechische Politik“. Dieses „Nein“ solle als Signal in das Nachbarland verstanden werden, Wunden aus der Vergangenheit zu heilen und in einen Dialog mit den Repräsentanten der Sudetendeutschen einzutreten.

Für die noch ausstehende Bewältigung menschenverachtenden und völkerrechtswidrigen Unrechts machte Stoiber die Bundesregierung zum Mitangeklagten: „Weder Schröder noch Fischer, der ansonsten für die Menschenrechte in aller Welt kämpft, haben auch nur einen Finger für die Sudetendeutschen gerührt“. Das gelte ebenso für den Erweiterungskommissar Günther Verbeugen. Der Ministerpräsident kündigte weiteren Einsatz für „Europa als Friedens-, Rechts- und Wertegemeinschaft“ an. Ein ermutigendes Zeichen sei die Ankündigung des stellvertretenden tschechischen Ministerpräsidenten Mares die in der Heimat verbliebenen Sudetendeutschen ent-

schaft, der Europaabgeordnete Bernd Posselt, dankte Stoiber für den „massiven Einsatz“ für die Sudetendeutschen. Der Schirm-

Anzeigen in der GZ
 Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
 Fax: 08171/80514
 Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>
 eMail: info@gemeindezeitung.de

herr „hat uns in allen Stürmen die Treue gehalten“. Sonderbeifall gab es für die aus dem Sudetentag stammende Ehefrau des Ministerpräsidenten, Karin Stoiber, Dauergast bei allen Sudetendeutschen Tagen seit zehn Jahren. Als „Augsburger Appell“ wertete Posselt seinen Aufruf an die Nachbarrepublik, sich endlich vom „Müll“ der Benesch-Dekrete zu trennen und „zu entripeln“.

Grußwort von EU-Präsident Cox

Von vielen als Sensation empfunden wurde die während der Hauptkundgebung auf zwei Großbildschirmen übertragene Grußbotschaft des im Jahr 2002 gewählten Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Iren Patrick Cox. Er stellte u.a. fest:

GZ Kolumne Luitpold Braun

Die Gewerbesteuer ist ja ein gar lustig Ding. Sie geht rauf und sie geht runter, immer unkalkulierbar, immer aber auch zur Freude oder zum Entsetzen des jeweiligen Kämmers. Freude und Entsetzen liegen insbesondere dort nahe beieinander, wo ein Unternehmen in kleineren Gemeinden an der Gewerbesteuer „mehrheitsbeteiligt“ ist.



Solche Fälle sind gar nicht so selten. Aus diesem Grunde ist es ein richtiges Anliegen vieler Kommunalpolitiker, steuerlich einigermaßen kalkulierbare und konstante Einnahmen in den Gemeindehaushalten ausweisen zu können. Ob dazu die Gewerbesteuer-Reaktivierung der richtige Weg ist, mag dahingestellt bleiben.

Gemeinden brauchen kalkulierbare Einnahmen

Sicherlich hat unser Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber recht, wenn er darauf hinweist, dass die Vorschläge zur Revitalisierung der Gewerbesteuer erhebliche, nicht ertragsabhängige Bestandteile haben. Dies im Hinblick auf die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Deutschlands zu

gekündigt wurde von dem Kabinettsmitglied eine bayerische Bundesratsinitiative zur Einführung eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung“ am 3. August. Hier solle an die Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 erinnert werden. Grossen Beifall gab es, als Ministerin Stewens den Paneuropa-Präsidenten Otto von Habsburg („...ein Markenzeichen für den Einsatz für Recht und Gerechtigkeit“) und dessen Gemahlin Regina besonders begrüßte.

Die bayerische Sozialministerin Christa Stewens forderte in ihrer Rede das Ende der „unsäglichen Diskriminierung der Deutschen in Tschechien“. An-

gekündigt wurde von dem Kabinettsmitglied eine bayerische Bundesratsinitiative zur Einführung eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung“ am 3. August. Hier solle an die Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 erinnert werden. Grossen Beifall gab es, als Ministerin Stewens den Paneuropa-Präsidenten Otto von Habsburg („...ein Markenzeichen für den Einsatz für Recht und Gerechtigkeit“) und dessen Gemahlin Regina besonders begrüßte.

Gedenktag 5. August

Die bayerische Sozialministerin Christa Stewens forderte in ihrer Rede das Ende der „unsäglichen Diskriminierung der Deutschen in Tschechien“. An-

Gedenktag 5. August

gekündigt wurde von dem Kabinettsmitglied eine bayerische Bundesratsinitiative zur Einführung eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung“ am 3. August. Hier solle an die Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 erinnert werden. Grossen Beifall gab es, als Ministerin Stewens den Paneuropa-Präsidenten Otto von Habsburg („...ein Markenzeichen für den Einsatz für Recht und Gerechtigkeit“) und dessen Gemahlin Regina besonders begrüßte.

hat, was auf die Schließungen der Häuser in Gößweinstein und Lichtenfels zurückzuführen ist. 40 Prozent aller Übernachtungen meldet der Bezirk Oberbayern, gefolgt von Mittelfranken (15 Prozent). Die Häuser in Dinkelsbühl, Rothenburg, Nürnberg und Gunzenhausen tragen zum überdurchschnittlichen Plus bei.

Auslastungssteigerung

Weil das Jugendherbergswerk seine Bettenkapazität auf 9.840 Betten verringert hat, ergibt sich eine Steigerung der Auslastung auf 40,3 Prozent. Spitzenwerte erreichen die Jugendherbergen in Benediktbeuren-Don Bosco (99,3 Prozent), die Burg Wernfels bei Spalt (92,2 Prozent), die Burg Schwanegg bei Pullach (79,6 Prozent). Allerdings können elf Jugendherbergen nur eine Belegung um die 20 Prozent registrieren.

Eine überdurchschnittliche Steigerung können die unterfränkischen Jugendherbergen (7,7 Prozent) vermelden, während Oberfranken einen Rückgang um drei Prozent hinnehmen

gekündigt wurde von dem Kabinettsmitglied eine bayerische Bundesratsinitiative zur Einführung eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung“ am 3. August. Hier solle an die Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 erinnert werden. Grossen Beifall gab es, als Ministerin Stewens den Paneuropa-Präsidenten Otto von Habsburg („...ein Markenzeichen für den Einsatz für Recht und Gerechtigkeit“) und dessen Gemahlin Regina besonders begrüßte.

gekündigt wurde von dem Kabinettsmitglied eine bayerische Bundesratsinitiative zur Einführung eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung“ am 3. August. Hier solle an die Unterzeichnung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 erinnert werden. Grossen Beifall gab es, als Ministerin Stewens den Paneuropa-Präsidenten Otto von Habsburg („...ein Markenzeichen für den Einsatz für Recht und Gerechtigkeit“) und dessen Gemahlin Regina besonders begrüßte.

Auf ein zeitweise lautstarkes kritisches Echo stieß die Anspra-

Positive Jugendherbergsbilanz

München (wefa) - Während die meisten Hotels, Gasthöfe und Pensionen eine rückläufige Belegung melden, können die bayerischen Jugendherbergen noch zulegen. Die Bilanz 2002 weist ein Übernachtungsplus von 1,4 Prozent bei 82 Herbergen aus. Dies gab jetzt Vorsitzender Otto Wirthensohn vom DJH-Landesverband bekannt.

In den weiß-blauen Herbergen übernachteten im letzten Jahr 520586 Gäste (plus 0,8 Prozent). Im Durchschnitt hielten sie sich 2,7 Tage auf. Noch immer sind es die Schulklassen, bei denen die Jugendherbergen hoch im Kurs stehen (58,2 Prozent), während die Einzelgäste nur 10,7 Prozent ausmachen (9,8 Prozent weniger als im Vorjahr). Seit zehn Jahren ist der Anteil der Ausländer wieder runter 10 Prozent gefallen (9,6), was allein mit dem Ausbleiben der Amerikaner (minus 20 Prozent) erklärt wird.

Landwirtschaftsminister Josef Miller:

Strukturelle Probleme gemeindeübergreifend lösen

Geldersheim, Lkr. Schweinfurt - Landwirtschaftsminister Josef Miller hat die bayerischen Gemeinden aufgerufen, zur Lösung struktureller Probleme verstärkt das Instrument der Regionalen Landentwicklung zu nutzen.

Damit könnten Projekte, die von einer Gemeinde gerade in Zeiten knapper Kassen allein nicht zu bewältigen sind, effektiv und kostengünstig realisiert werden, sagte der Minister bei der Vorstellung eines interkommunalen Entwicklungskonzeptes in Geldersheim im Landkreis Schweinfurt.

Nach Worten des Ministers ermöglicht die Regionale Landentwicklung den zielgerichteten Einsatz von Flurneuordnung und Dorferneuerung und eine einvernehmliche Umsetzung gemeindeübergreifender Entwicklungsvorhaben. Beispielhaft nannte Miller die Planung gemeinsamer Gewerbegebiete,

problematisieren, ist ohne Zweifel notwendig.

Es ist ein bleibendes Verdienst der beiden Finanzminister Franz-Josef Strauß und Theo Waigel in ihrer Amtszeit dafür gesorgt zu haben, dass die Gemeinden an zwei großen Steuerarten neu beteiligt wurden. In der großen Koalition hat Franz-Josef Strauß durchgesetzt, dass die Einkommenssteuerbeteiligung kam. Dafür wurde die Gewerbesteuerumlage eingeführt. Dass diese heute von der gegenwärtigen Bundesregierung mißbraucht wird, dafür kann er nichts.

Theo Waigel hat die Gewerbesteuer abgeschafft und dafür die Umsatzsteuerbeteiligung den Gemeinden eröffnet. Diese Beteiligung zu erhöhen wäre in jedem Fall ein erheblicher Vorteil für die Gemeinden, da sie dann ihre kalkulierbaren Einnahmen, die nach einem örtlichen Schlüssel berechnet werden, verbessern.

Es bleibt zu hoffen, dass sich die bayerische Linie in dieser Frage bei den kommenden Verhandlungen durchsetzt.

Handwritten signature: Luitpold Braun

Heimatgefühl und Heimat ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ten (14%) und den Bundeskanzler (13%) die insgesamt geringsten Vertrauensbekundungen.

Regionale Identität

Insgesamt wird deutlich, dass unter den Faktoren, die eine besondere Lebensqualität Bayerns ausmachen, die Menschen selbst eine ganz entscheidende Rolle spielen. Dabei besitzen die Bayern durchaus auch eine regionale Identität. Dies gilt ganz besonders für Oberbayern, Schwaben und Oberpfälzer, die vergleichs-



Das hochkarätige Podium bei der Vorstellung der Generationenstudie im Konferenzzentrum der Hanns-Seidel-Stiftung in München: Dr. Karl-Ulrich Gelberg, Prof. Ursula Männle, Dr. Helmut Jung und Dr. Gerhard Hirscher.

weise viele Charakteristika ihrer Region ins Feld führen.

Mundart als Besonderheit

Auffällig ist, dass die Oberbayern stärker auf Traditionen, Feste und Brauchtum sowie die spezifische Landschaft hinweisen. Gemeinsam ist fast allen Regionen, dass die jeweilige Mundart als Besonderheit angesehen wird, während ansonsten Essen und Trinken oder spezifi-

sche Eigenschaften der Bevölkerung wie Bodenständigkeit, Gastfreundschaft und Aufgeschlossenheit als typische Merkmale der Region im Vergleich zu Gesamtbayern angesehen werden.

Hohe Emotionalität

Unverkennbar ist, dass Heimat und Heimatgefühl mit einer sehr hohen Emotionalität verbunden sind. Dies hat laut Studie zur Folge, „dass man Heimat eher dort verortet, wo man enge soziale Kontakte hat, lebt, geboren ist und Kultur und Traditionen

als weiteres Element der Einbindung in das Sozialgefüge erlebt“. Eindeutig erkennbar ist, dass es zum Erleben von Heimat visuel- und akustischer Impulse bedarf. Dabei spielen die Mundart, die Landschaft, die Menschen und das Brauchtum eine besonders gewichtige Rolle neben der Familie und der Tatsache, dass man am Heimatort eventuell sogar auch über Immobilieneigentum verfügt, das die Bindungen weiter verstärkt.

Großes Selbstbewusstsein

Die hohe Identifikation mit Bayern und das intensive bayerische Heimatgefühl führen dazu, dass die Bayern mit großem Selbstbewusstsein und dem sprichwörtlichen Wir-Gefühl ihre Position innerhalb der Bundesrepublik Deutschland wahrnehmen. Die Spitzenposition Bayerns, die in erster Linie mit der kontinuierlichen guten Politik der Staatsregierung und der CSU, sowie wirtschaftlichen und arbeitsplatzmäßigen Rahmenbedingungen verbunden wird, führt zwar einerseits zu der Sichtweise, dass Bayern das ihm zukommende politische Gewicht innerhalb der deutschen Bundesländer besitzt. Dies ändert jedoch nichts daran, dass für ein Fünftel der Bayern das Gewicht des Freistaats im Konzert der verschiedenen Bundesländer noch etwas gesteigert werden könnte und darüber hinaus auch eine Intensivierung der Interessenvertretung durch die Bayerische Staatsregierung in Deutschland und Europa zu begrüßen wäre.

Mehr Eigenständigkeit

In ähnlicher Form wird aufgrund des ausgeprägten bayerischen Selbstbewusstseins auch die Frage einer größeren Unabhängigkeit und Eigenständigkeit Bayerns gesehen. Eine größere Eigenständigkeit und politische Unabhängigkeit würde von einem knappen Viertel der Bayern vorbehaltlos und von einem weiteren Drittel zumindest teilweise begrüßt, während es bei der Frage nach einem autonomen Staat Bayern ähnlich wie Österreich etwas mehr Zurückhaltung gibt.



Dr. Helmut Jung.

Denn nur 17% aller Bayern befürworten dies ohne Einschränkungen, 56% lehnen dies klar ab.

Kreativität der kommunalen Ebene ist gefordert

Im Rahmen einer Expertentagung im Konferenzzentrum München der Hanns-Seidel-Stiftung wurde die Studie jüngst vorgestellt. Laut GMS-Geschäftsführer Dr. Helmut Jung dokumentieren die Untersuchungsergebnisse, dass eine totale Abstinenz der Politik in Verbindung mit der Entwicklung von Identität und Heimatgefühl ebenso falsch wäre, wie eine Majorisierung und Dominanz, bei der den Bürgern im Detail vorgeschrieben wird, was Heimatgefühl und Identität für sie im einzelnen zu bedeuten hat. Wahrscheinlich, so Jung, wurde der Begriff „Leitkultur“ von vielen Menschen in diesem Sinne interpretiert und missverstanden, so dass es zu der ungeliebten und überflüssigen Debatte darüber kam.

Aktionsfelder

Erwünscht und gewollt seien jedoch seitens der Bürger all jene oben beschriebenen Aktionsfelder, durch die die Politik Rahmenbedingungen für die Identitäts-

bildung verbessern und Angebote zur Stärkung des Heimatgefühls für dort geborene oder aber zugewanderte Menschen machen könne. Da Heimatgefühl und Identität auf verschiedenen Ebenen entstehe und gebildet werde, bedeute dies Handlungsbedarf für die Politik und die Parteien auf allen politischen Ebenen.

Gefragt sind laut Jung bei der Schaffung von guten Rahmenbe-

dingungen für Heimatgefühl und Identität jedoch nicht nur die Bundes- und die Landespolitik, sondern vor allem auch die kommunale Ebene. Dies setze mit Blick auf die katastrophale finanzielle Lage der Kommunen nicht nur den entsprechenden politischen Willen zum Handeln, sondern auch eine hinreichende finanzielle Ausstattung und Kreativität im Umgang mit den knappen Mitteln voraus. **DK**

GZ Wichtiger Literaturhinweis GZ

Kommunale Selbstverwaltung in Ost und West

Die Europäischen Vorgaben, die Brüssel in die Nähe jeder Gemeinde gebracht haben, stehen im Mittelpunkt des Interesses eines neuen Bandes, den der Leiter des Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrums Würzburg, Prof. Dr. Franz-Ludwig Knemeyer jüngst herausgab. Das Instrument der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung hat den Durchbruch auch im wissenschaftlichen Interesse gebracht.

Mit der Öffnung nach Osten ist es an der Zeit, den Siegeszug der Europäischen Kommunalcharta auch in die mittel- und osteuropäischen Staaten zu verfolgen und in den Kontext der Entwicklung moderner Demokratien zu stellen. Wissenschaftler und an der Entwicklung maßgeblich beteiligte Experten verfolgen Entstehung und Bedeutung der EKC unter besonderer Berücksichtigung ihrer Rezeption in den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas (U. Böhner), sie verfolgen Struktur und Umsetzung dieser Charta in den Mitgliedstaaten des Europarates und

die Kontrolle durch den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (G. Engel), sie stellen Überlegungen zur Einbindung dieser Charta in eine zukünftig europäische Verfassung dar (H. Neuhofer) und betrachten schließlich beispielhaft für die russische Föderation die Umsetzung der Charta in diesem für den Osten maßgeblichen Bereich (F.-L. Knemeyer). Abgeschlossen wird der Band durch eine weltweite Öffnung des Blicks unter dem Aspekt der Globalisierung lokaler Demokratie. Entwicklung und Debatte um die russische Föderation der lokalen Selbstverwaltung der UNO werden dargestellt und untersucht (H. Hoffschulte), um schließlich die Vorbildfunktion der EKC für eine Weltcharta der kommunalen Selbstverwaltung zu bestimmen (M. W. Schneider).

Franz-Ludwig Knemeyer (Hrsg.) **Kommunale Selbstverwaltung in Ost und West**, i. Vb., 2003, 235 S., brosch., 58,- EURO, 99,- sFr, ISBN 3-8329-0116-7 (Kommunalrecht-Kommunalverwaltung, Bd. 41).

Talsole erreicht, Stimmung ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sind ihre Prognosen etwas zuverlässiger, eine Trendwende ist jedoch nicht in Sicht. Nur 15 (13) % rechnen mit besseren Geschäften, aber immer noch 16 (20) % befürchten weitere Einbrüche. Die Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft, SARS und die starke Euro-Aufwertung hinterlassen bereits Spuren im Auslandsgeschäft. So hat der Anteil der Pessimisten von 16 auf 22 % wieder zugenommen, derjenige der Optimisten ist von 31 auf 28 % zurückgegangen.

Probleme bei der Bauwirtschaft

Eine nachhaltige Konjunkturerholung ist auch in der Bauwirtschaft nicht in Sicht, denn die Mehrzahl der befragten Unternehmen rechnet nach wie vor mit sinkenden Aufträgen. Allerdings haben sich die Erwartungen nach dem Stimmungseinbruch im Januar 2003 nun leicht erholt und die Unternehmen hoffen, am Tiefpunkt angelangt zu sein. Nur noch 20 (46) % gehen davon aus, dass sich die Lage weiter verschärft, 7 (2) % zeigen sich optimistisch.

Die Prognosen im bayerischen Handel haben sich vom absoluten Einbruch zu Jahresbeginn jetzt wieder auf dem Niveau vom Herbst 2002 eingependelt. In den vergangenen Monaten hatten immer noch 66 (74) % der Einzelhändler mit Umsatzrückgängen zu kämpfen. Künftig rechnen nur 7 (8) % mit höheren Umsätzen, dagegen 52 (48) % mit einem Minus.

Keine Wachstumsimpulse

Wachstumsimpulse sind auch von den unternehmensnahen Dienstleistern nicht zu erwarten. Bei 44 (46) % der befragten Un-

ternehmen sind in den vergangenen Monaten die Umsätze weiter gesunken, nur 20 (25) % verzeichneten einen Aufwärtstrend. Gravierende Verbesserungen erwarten die Unternehmen in naher Zukunft nicht. Sie hoffen aber, dass sich die Lage zumindest stabilisiert.

Personalabbau

„Die tiefe Vertrauenskrise der Unternehmen führt dazu, dass sie sich auch weiterhin mit Investitionen zurückhalten“, so Dörfler. In der Industrie, im Bau und im Großhandel hat sich die Investitionsbereitschaft nur wenig verbessert. Im Einzelhandel verhartet sie seit Herbst 2002 auf einem Tiefststand. Die unternehmensnahen Dienstleister haben ihre Pläne sogar wieder nach unten korrigiert. „Solange diese negative Entwicklung anhält, wird die Binnennachfrage nicht anziehen und es keinen nachhaltigen Aufschwung geben“, befürchtet der BIHK-Hauptgeschäftsführer. Zudem zwingen die Nachfrageschwäche im In- und Ausland sowie die hohen Arbeitskosten die Unternehmen, ihre Personalpläne weiter anzupassen.

Nach wie vor beabsichtigt jedes dritte Unternehmen Personal abzubauen. Lediglich unverändert 7 % planen, neue Mitarbeiter einzustellen. Im Jahresverlauf 2003 wird es somit nach Ansicht des BIHK zu keiner Entspannung auf dem bayerischen Arbeitsmarkt kommen.

Klare Konzepte nötig

„Das Vertrauen der Wirtschaft kehrt erst dann zurück, wenn die Reformdebatten endlich ein klares Konzept erkennen lassen“, so Dörfler. Gegenwärtig sei jedoch das Gegenteil der Fall. Fast täglich würden Unternehmen wie Arbeitnehmer mit einem neuen

Vorschlag beglückt, der nach wenigen Tagen wieder demontiert und nur wenig später in abgewandelter Form erneut ans Tageslicht gezerrt werde. „Für Aufbruchstimmung“, kritisiert Dörfler, „sorgt diese Art von Politik jedenfalls nicht.“

Die schlechte Lage beim Handwerk fasste BHT-Präsident Heinrich Traublinger zusammen: Fast die Hälfte (45 %) der bayerischen Handwerker befürchtet in nächster Zukunft eine schlechte Geschäftslage, 43 % erwarten eine befriedigende und nur 12 % eine gute Geschäftslage. Vor allem die andauernde Misere am Bau und die anhaltende Konsum- und Investitionsflaute drücken auf die Stimmung. Aber auch „die falschen politischen Rahmenbedingungen der Bundespolitik“ hätten Schuld an der gegenwärtig schlechten Lage im Handwerk, betonte Traublinger. Die Bundesregierung müsse endlich dafür sorgen, dass die steuerliche Belastung des Mittelstandes spürbar gesenkt, die Lohnzusatzkosten zurückgefahren und der Bürokratiezettel gelichtet würden.

Zurückhaltung bei Investitionen

Im ersten Quartal dieses Jahres beschäftigten die 161.400 Betriebe des bayerischen Handwerks rund 900.000 Personen, gut 2 % weniger als ein Jahr zuvor. Der Handwerksumsatz in Bayern betrug 18,6 Mrd. € und lag damit um 1,2 Mrd. € unter dem Niveau des Vorjahresquartals. Die Investitionsbereitschaft der Betriebe war daher äußerst zurückhaltend. Für das erste Vierteljahr des laufenden Jahres errechnete der BHT ein Investitionsvolumen von 520 Mio. € das damit 5 % unter dem Wert des Vorjahres liegt. **doh.**

„Der VDV stellt sich neu auf“

Mitgliederversammlung beschließt neue Verbandsstruktur

Die Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) hat eine neue Verbandsstruktur beschlossen. Der Verband ist künftig in fünf Sparten organisiert. In diesen sind jeweils zusammengefasst: die Busverkehre, die städtischen Schienenverkehre (U-Bahnen, Stadtbahnen, Straßenbahnen), die Personenbeförderung im Nahverkehr durch Eisenbahnen (SPNV) und die Schienengüterverkehre. Die fünfte Sparte ist für die anderen Akteure im öffentlichen Personennahverkehr vorgesehen: die Organisationen der Verkehrsverbände, die Verkehre für die Kunden integrieren, und die Organisationen der staatlichen und kommunalen Aufgabenträger, die Verkehrsleistungen definieren und finanzieren.

„Der VDV stellt sich damit neu auf“, betonte VDV-Präsident Dr. Dieter Ludwig auf der Jahrestagung seines Verbandes in Karlsruhe. Mit der neuen Verbandsstruktur werde der Verband zugleich nach innen offener und nach außen schlagkräftiger. Damit könne er als Branchenverband künftig noch wirksamer für die Weiterentwicklung des öffent-

lichen Personenverkehrs und des Schienengüterverkehrs eintreten. Die kundenorientierte und wirtschaftliche Ausweitung dieser Verkehre sei dringend notwendig, um die umwelt- und flächenschonende Mobilität von Personen und Gütern zu sichern und um die Funktionsfähigkeit der Verdichtungsräume und die Attraktivität der Regionen zu erhalten.

Wirtschaftlichkeit der Verkehrs-Unternehmen weiter verbessert

Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Deutschland hat sich weiter verbessert. Wie der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) mitteilt, konnte der Kostendeckungsgrad - als das Verhältnis von Nettoertrag zu Aufwand - nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen für das Wirtschaftsjahr 2001 auf 70,5 Prozent gegenüber 68,8 Prozent im Vorjahr gesteigert werden.

Der Fehlbetrag sei, stellte VDV-Präsident Dr. Dieter Ludwig fest, im Jahr 2001 um vier Prozent niedriger gewesen als der Fehlbetrag des Vorjahres. Die Ertragszuwächse hätten, betonte Ludwig bei der Jahrestagung seines Verbandes in Karlsruhe, - bei gestiegener Betriebsleistung - deutlich über den Aufwandssteigerungen gelegen.

Die gesamten Erträge seien, so Ludwig, um 304 Millionen Euro (2,9 Prozent) auf 10,61 Milliarden Euro gestiegen. Dabei ließen sich die Zuwächse vollständig auf den Anstieg des Nettoertrages zurückführen. So hätten die Beförderungserträge mit plus 4,7 Prozent den höchsten Zuwachs.

Die Gesamtaufwendungen seien 2001 lediglich um 1,5 Prozent auf 11,286 Milliarden Euro gestiegen. Dabei spiegelte sich die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit in dem Trend zur Ausgliederung von Unternehmensbereichen und zur Fremdvergabe von Leistungen (Outsourcing) und durch die Verlagerung von Aufwendungen Personal zu den Aufwendungen für bezogene Leistungen. Die Anzahl der Beschäftigten bei den VDV-Unternehmen habe sich 2001 um mehr als zwei Prozent vermindert. Der Rückgang der Personalaufwendungen sei mit 3,8 Prozent (199 Millionen Euro) deutlich höher ausgefallen; dem gegenüber hätten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 150 Millionen Euro erhöht.

Fahrgastzahlen auf hohem Niveau

Die Zahl der Fahrgäste bei den VDV-Unternehmen sei, stellte Ludwig fest, im Jahr 2002 - nach den kontinuierlichen Fahrgaststeigerungen in den Vorjahren - mit 9,018 Milliarden auf dem hohen Niveau des Vorjahres stabil geblieben. Für diese Entwicklung seien weiter die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und die zu beobachtende Zurückhaltung bei Einkaufs- und Freizeitfahrten die entscheidenden Einflussfaktoren verantwortlich. Dabei hätten die kommunalen und regionalen Unternehmen wieder einen Zuwachs von 0,5 Prozent auf 7,492 Milliarden Fahrgäste erzielt. Die DB Regio AG hingegen habe einen Rückgang ihrer Fahrgastzahlen - inkl. aller

Tochtergesellschaften - um 2,4 Prozent auf 1,526 Milliarden gemeldet.

Die Einnahmen seien - nach vorläufigen Ergebnissen - im Jahr 2002 um insgesamt 2,5 Prozent auf 8,06 Milliarden Euro gestiegen. Dabei hätten die Einnahmen der kommunalen und regionalen Unternehmen einen Anstieg um zwei Prozent auf 6,035 Milliarden Euro erzielt. Die DB Regio AG habe - inkl. aller Tochtergesellschaften - ihre Einnahmen um 4,1 Prozent auf 2,025 Milliarden Euro gesteigert.

Mehrverkehre für die Schiene gewinnen

Im Eisenbahngüterverkehr stellt der VDV fest, dass der Marktanteil der Nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE) weiter gestiegen sei und im Jahr 2002 bei etwa 3,5 Prozent liege (nach 2,8 Prozent im Jahr 2001). Insgesamt dürften, so Ludwig, die NE des öffentlichen Verkehrs eine Verkehrsleistung von knapp 3 Milliarden Tonnenkilometer (tkm) realisiert haben. Dabei zeige sich, dass Verlagerung und Spediteure verstärkt auf alternative Anbieter setzen würden. Beispielsweise würden bei großen Auftraggebern typisch schienenaffiner Produktgruppen wie etwa der Mineralölindustrie NE mittlerweile als sachkundige und leistungsfähige Auftragnehmer wahrgenommen. Auch ziehe sich DB Cargo bei der Optimierung ihrer Produktionsprozesse (Marktorientiertes Angebot Cargo - MORAC) aus einer Reihe von Bedienungsgebieten (überwiegend oder vollständig) zurück.

Erwarteter Rückgang

Die entstandenen „Lücken“ in der Verkehrsbedienung hätten in vielen Fällen regionale Bahnen übernommen; zum Teil würden komplette Regionen heute von NE bedient. Diese würden, betonte Ludwig, nicht nur den Status quo fortführen, sondern hätten vielfach Mehrverkehre für die Schiene gewinnen können. Insgesamt allerdings erwarte der VDV für das Jahr 2002 - nach vorläufigen Ergebnissen - einen konjunkturebedingten Rückgang der Verkehrsleistung im öffentlichen Güterverkehr um etwa 2,2 Prozent auf rund 75 Milliarden Tonnenkilometer (tkm). ☞

Für die einzelnen vom Verband betreuten Verkehre seien, erläuterte Ludwig, die technischen, rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen teilweise sehr unterschiedlich. Darüber hinaus würden die einzelnen Verkehrsmärkte durch die fortschreitende Liberalisierung ganz unterschiedliche Entwicklungen nehmen.

Dezentralisierung in fünf Sparten

Darauf reagiere der VDV mit der Dezentralisierung seiner Organisation in diese fünf Sparten, die den Charakter von Fachverbänden - allerdings ohne eigene Rechtsfähigkeit - hätten. Aber die Vorsitzenden der Verwaltungsräte der einzelnen Sparten würden künftig als Vizepräsidenten maßgeblich in der Verbandsspitze mitwirken. Mit dieser neuen Struktur öffnete sich, so Ludwig, der Verband für die zunehmende Interessenpluralität in seiner jetzigen Mitgliedschaft und

gleichzeitig auch für neue Mitgliedergruppen.

Mitgeformte Standards

Als renommierter Fachverband habe der VDV bisher schon die technische, betriebswirtschaftliche und rechtliche Entwicklung sowie die Standards in den von ihm vertretenen Verkehrsbereichen entscheidend mitgeformt. Diese der Daseinsvorsorge zuzurechnenden Bereiche seien aber viel stärker reglementiert als andere Wirtschaftsbereiche. Deshalb müsse der VDV künftig - im traditionell engen Schulterschluss mit den kommunalen Spitzenverbänden - noch nachdrücklicher aus seiner unternehmerischen Ausrichtung die verkehrspolitischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung seiner Branche beeinflussen: z. B. die Marktordnungen und deren Umsetzung in die Praxis, die Finanzierungen, die nationale und internationale Schieneninfrastruktur und ihre Benutzung. Die neue Organisationsstruktur statte die Verbandsspitze dafür mit der erforderlichen Schlagkraft und schnellen Reaktionsfähigkeit aus. ☞

Biodiesel für den ÖPNV

C.A.R.M.E.N-Fachgespräch in Ochsenfurt

„Biodiesel für den öffentlichen Personennahverkehr“: Unter diesem Motto stand ein Fachgespräch der bayerischen Koordinierungsstelle für Nachwachsende Rohstoffe C.A.R.M.E.N in Ochsenfurt. Mit seiner genannten Qualität und seiner guten CO₂-Bilanz eignet sich Biodiesel hervorragend für den Einsatz in modernen Dieselmotoren. Seine Schwefelfreiheit und seine rußmindernde Wirkung machen Biodiesel zu einem idealen Kraftstoff für den städtischen Verkehr. Biodiesel ist gut biologisch abbaubar und im Gegensatz zum fossilen Dieselmotorkraftstoff kein Gefahrgut.

Hubert Maierhofer, Projektbegleiter von C.A.R.M.E.N., begrüßte die Vertreter von Stadtwerken, Verkehrsverbänden, Bus- und Reiseunternehmen. Er stellte die Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe vor, womit letztendlich der Ausstoß klimarelevanter Gase reduziert und der Verbrauch von fossilen Energieträgern verringert werden soll.

Wirtschaftliche Produktion

Rupert Schmid, Geschäftsführer der Campa-Biodiesel Ochsenfurt, referierte über die „Herstellung und Qualitätssicherung für Biodiesel“. Pro Tag werden in Ochsenfurt aus 250 Tonnen Pflanzöl unter Zugabe von Methanol und einem Katalysator 250.000 Liter Biodiesel und ca. 35 Tonnen Glycerin produziert. Der Biodiesel wird im gesamten süddeutschen Raum vertrieben. Das Glycerin, ein begehrter Rohstoff für die Pharmaindustrie, ermöglicht eine wirtschaftliche Biodieselproduktion. Auch wenn im Vergleich zum konventionellen Dieselmotorkraftstoff ein Mehrverbrauch von 5 Prozent angesetzt werden sollte, kann der Betreiber einer Linienbus-Flotte von 20 Fahrzeugen, bei einer jährlichen Laufleistung von 150.000 km pro Fahrzeug, mit einer Einsparung von ca. 70.000 Euro rechnen.

Emissionsreduzierung

„Abgasverhalten und Abgasnachbehandlungssysteme“ stellte Hubertus Borgmeier von der HJS-Fahrzeugtechnik GmbH, Menden, vor. Für Stadtbusse ist das CRT-System eine wirtschaftliche Möglichkeit zur Emissionsreduzierung von Dieselmotoren. Das aus einem Rußfilter mit vorgeschaltetem Oxidationskatalysator bestehende System oxidiert Kohlenwasserstoffe,

Kohlenmonoxid und NO₂. NO₂ liefert den Sauerstoff für die nachgeschaltete Rußverbrennung im Rußfilter. So können die Partikelemissionen um 90 Prozent reduziert werden. Hier bestehen allerdings noch keine Erfahrungen beim Biodieseleinsatz. Mit dem Oxi-Kat, der Geruch und Lärm reduziert, besteht laut Borgmeier die Möglichkeit, Schadstoffemissionen von Dieselmotoren um 60 bis 70 Prozent zu reduzieren. Die Verbindung des Oxi-Kats mit Biodiesel kann als ideal angesehen werden. In Hagen wird diese Kombination seit zwei Jahren in Straßenbahnen eingesetzt.

Linienbusverkehr

Helmut Hoffmann von den Kreiswerken Heinsberg präsentierte seine „Erfahrungen mit Biodiesel im Linienbusverkehr“. 1996 stand für die Tankstellen der Kreiswerke die Installation einer neuen Abgas-Absaugung und einer zusätzlichen Auffangwanne an. Damals wurde zwischen Erdgas und Biodiesel anstelle von konventionellem Dieselmotorkraftstoff abgewogen. Wegen des hohen Platzbedarfs von Erdgastanks, der Tatsache, dass mit Erdgas betriebene Busse häufiger aufgetankt werden müssen und aufgrund der Umrüstkosten fiel die Entscheidung für Biodiesel. Die Kreiswerke verfügen über 121 Schulbuslinien. Ab November 1996 wurden 30 Fahrzeuge mit Biodiesel betrieben.

Auch wenn im Schnitt ein um 4,2 Prozent erhöhter Kraftstoffverbrauch festzustellen ist, fahren die Heinsberger Busse mit Biodiesel wirtschaftlich günstiger. Inzwischen wird die gesamte Flotte mit Biodiesel betrieben. Auch viele LKWs und PKWs wurden dort schon auf Biodiesel umgestellt. Probleme bei der

Erfolgreiche Kooperation:

„Super-Abo“ Augsburg - München in Sicht

Zusammenarbeit statt Konkurrenz - diese Vereinbarung zwischen den beiden Oberbürgermeistern Christian Ude und Dr. Paul Wengert zum Wohle der Regionen München und Augsburg sollte auch kleine, aber schon bald konkrete Vorteile für die Bürger ermöglichen. Die beiden Stadtoberhäupter hatten im vergangenen Jahr die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) gebeten, ein gemeinsames Abo-Ticket für Berufspendler zwischen Augsburg und München zu schaffen. Ziel: Statt bis zu drei verschiedenen Anlaufstellen ein Ticket aus einer Hand - für Augsburg, München und die DB-Strecke dazwischen. Nunmehr liegen die Ergebnisse vor.

Zielgruppe des neuen Tickets sind die Berufspendler von Augsburg nach München bzw. von München nach Augsburg. Für sie soll es künftig eine Zeitkarte im Abo geben (Arbeitstitel „Super-Abo“), die bis zu drei Leistungsangebote auf einem Ticket bündelt - wobei - anders als heute - die unterschiedlichen Benutzungsbedingungen für die einzelnen Streckenabschnitte vereinheitlicht sind.

Die wesentlichsten Merkmale:

- ☞ Das Super-Abo wird ein persönliches Ticket, gilt ein Jahr und wird per Abbuchung in zwölf Monatsraten bezahlt. Beginn kann jeder Monatserste sein. Alle DB-Produkte (also auch ICE, IC) sind einbezogen.
- ☞ Das Super-Abo wird für mindestens zwei teilnehmende Verkehrsunternehmen / Verbände ausgestellt, wobei immer eine Teilstrecke der Deutschen Bahn AG eingeschlossen sein muss.
- ☞ Das Super-Abo berechtigt an Samstagen, Sonn- und Feiertagen zur unentgeltlichen Mitnahme von bis zu 4 Personen (bei der DB gilt diese Mitnahmemöglichkeit allerdings nicht in ICE und IC, sondern nur in den Regionalzügen).
- ☞ Der Preis für das Super-Abo addiert sich aus den jeweils gültigen Preisen jeweils der beteiligten Partner für ihre Teil-

6.470 Kilometer Radwege

„Bis Ende 2002 gab es in Bayern insgesamt 3.100 Kilometer Radwege an Bundesstraßen und 3.370 Kilometer Radwege an Staatsstraßen. Zusammen genommen entspricht das etwa der Strecke München - Nordkap und zurück. Aktuell sind damit 45 Prozent des 6.800 Kilometer langen Bundesstraßennetzes und 24 Prozent des 13.970 Kilometer langen Staatsstraßennetzes mit Radwegen ausgestattet“, gab Innenstaatssekretär Hermann Regensburger bekannt. Er stellte klar, dass Radwege zuerst dort gebaut werden, wo das Gefährdungspotential durch hohes Verkehrsaufkommen am größten ist. Das durchschnittliche Verkehrsaufkommen auf den bayerischen Bundesstraßen ist etwa zwei bis drei Mal so hoch wie auf den Staatsstraßen. ☞

Umrüstung, Skepsis in den Werkstätten und bei der Bevölkerung lassen sich in den Griff bekommen. „Wir würden wieder auf Biodiesel umstellen“, so Hoffmanns Fazit.

Dass die Erfahrungen in Heinsberg für andere Regionen Vorbildcharakter haben können, zeigten die Fragen der Teilnehmer. Der rege Austausch von Daten, Informationsschriften und Adressen lässt erwarten, dass in Zukunft weitere Busflotten mit dem Einsatz von Biodiesel einen ersten Schritt auf dem Weg zu einer Mobilität ohne fossile Kraftstoffe wagen. **DK**

strecken. Dabei werden aber nur zehn Monate berechnet und auf die zwölf Monatsraten verteilt.

Wenn die jeweiligen Gremien und Genehmigungsbehörden den Benutzungsbedingungen zustimmen, ist der Start des Super-Abos am 1.1.2004 möglich. Für die Zukunft gilt dann: Nur noch ein Ticket von nur noch einem Ansprechpartner, mit einer einzigen Abbuchung, zu einheitlichen Bedingungen und mit großzügigen Mitnahmemöglichkeiten am Wochenende. **DK**

GZ-Interview mit MdL Alfons Zeller:

Transparenz bei Qualität und Preis

Von den Vorzügen der Fremdenverkehrsregion Allgäu-Bayerisch Schwaben

Der zunehmende Wettbewerb im hart umkämpften Tourismusmarkt macht es notwendig, Bayerns Urlaubsregionen in ihrer Gesamtheit für die Zukunft zu stärken. Welche Rezepte diesbezüglich die Ferienregion Allgäu-Bayerisch Schwaben entwickelt hat, erläuterte der Vorsitzende des hiesigen Tourismusverbandes, MdL Alfons Zeller, in einem Gespräch mit der GZ.

GZ: Trotz der weltweiten wirtschaftlichen Turbulenzen bleibt Bayern das Reiseziel Nummer Eins in Deutschland. Jede vierte Übernachtung in Deutschland findet dort statt, dies bedeutet mehr als 100 Millionen Gästeübernachtungen pro Jahr. Die Gästerückgänge im Freistaat konnten gestoppt werden und im letzten Drittel 2002 hat sich die Inlandsnachfrage stabilisiert und im Auslandsmarkt wurden wieder Zuwächse erzielt. Auch in diesem Jahr bleibt Bayern als innerdeutsches Reiseziel ganz vorne. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Zeller: Bayern profitiert ganz klar vom steigenden Interesse an Nahzielen und erdgebundenen Reisen sowie der Renaissance des Natur-, Berg- und Alpentourismus. Darüber hinaus liegt der Freistaat auch weltweit im Trend mit Angeboten im Bereich Kultur-, Event- und Erlebnistourismus, Natur- und Landschaftserlebnis in Verbindung mit dem Megatrend Wellness und als führendes Messe-, Kongress- und Tagungsland in Deutschland.

GZ: Der Freistaat ist doch auch eines der wenigen Länder, die den gezielten Auf- und Ausbau von Urlaubsmarkten fördern?

Zeller: Exakt. Und auf dieser Basis können wir die Produkte im bayerischen Tourismus zielgruppengerecht anbieten und legen darüber hinaus eine Transparenz bei Qualität und Preis dar, die uns der Gast dankt. Mit Angeboten wie ‚Kinderland Bayern‘, ‚WellVital in Bayern‘ und den Produktlinien ‚Lust auf Natur‘, ‚RadelnPlus‘, ‚Köstlich Bayerisch‘ aber auch ‚Kunst & Kultur‘ sind wir hier bestens aufgestellt.

Vielfältiges Angebot

GZ: Wie sieht es denn mit Angeboten aus der Urlaubsregion Allgäu/Bayerisch Schwaben aus? Können Sie uns konkrete Beispiele nennen?

Zeller: Zunächst ist zu sagen, dass es sich bei der Ferienregion Allgäu/Bayerisch Schwaben um eine einzige große Wellness-Oase handelt. Von den Hügeln Mittelschwabens im Donaugebiet hinauf über das Voralpenland mit seiner Seenlandschaft bis zu den Bergen des Allgäuer Hauptkamms breitet sich eine Landschaft, wie sie schöner kaum zu sehen ist - zum „Seele baumeln lassen“, zum Hinschauen und Versinken, eine Wohltat für Körper und Geist. Die Re-

gion ist bestens geeignet für alle sportlichen Interessen zwischen Sommer und Winter, sie verfügt über viele Attraktionen und ein buntes Unterhaltungsangebot. Groß ist auch die Palette an Unterkunstmöglichkeiten, von der Ferienwohnung über die gemütliche Pension bis zum komfortablen Hotel. Aber auch der „Urlaub auf dem Bauernhof“ gehört zu unseren Stärken. Familienfreundlichkeit ist für uns eben eine Selbstverständlichkeit.

Sommertöne

GZ: Und wie ist es um die kulturellen „Sommertöne“ bestellt?

Zeller: In der Ferienregion Allgäu/Bayerisch Schwaben werden heuer die Stars von morgen präsentiert. Mit klassischer Musik warten zum Beispiel der Obersdorfer Musiksommer oder die Ottobeurer Konzerte auf. Ein weiteres Highlight im September sind die Schlosskonzerte in Schwangau. Für Familien zeigt die Allgäuer Freilichtbühne „Schneewittchen und die sieben Zwerge“. Das ist

aber nur ein kleiner Ausschnitt aus einer Vielzahl von attraktiven Angeboten.

GZ: Um den Tourismus in der Region zu fördern, gilt es aber - überspitzt formuliert - nicht nur, Reiterhöfe zu errichten und in Bergbahnen zu investieren, sondern letztlich den Ansprüchen der Gäste gerecht zu werden. Wie bewerkstelligen Sie das?

Zeller: Nötig hierzu sind sicherlich Kundenorientierung



MdL Alfons Zeller.

durch Marktforschung, eine hohe Produkt- und Servicequalität, ein gutes Preis-Leistungsverhältnis, eine Erlebnisorientierung des Angebotes sowie - wie bereits erwähnt - eine Spezialisierung durch Zielgruppenorientierung.

Ein öffentlicher, mittlerweile fast flächendeckender Personennahverkehr, der den Bedürfnissen und Wünschen der Nutzer gerecht wird, ist sicherlich auch ein Faktor, der berücksichtigt werden muss. Schließlich will man seinen Urlaub möglichst „stressfrei“ verbringen. Steigende Fahrgastzahlen belegen jedenfalls in eindrucksvoller Weise, dass ein attraktiver Nahverkehr von den Kunden auch angenommen wird.

GZ: Herr Zeller, wir danken Ihnen für dieses Gespräch. **DK**

Sonderzug nach Rothenburg:

Mit Dampf zum historischen Stadtfest

Würzburg. Am Pfingstsonntag lud die Deutsche Gesellschaft für Eisenbahngeschichte zu einer zünftigen Dampflok-Sonderfahrt ein: Ziel war Rothenburg ob der Tauber, wo am Pfingstwochenende das Stadtfest über die Bühne ging. Mit der Museumsdampflok „Stadt Würzburg“ und historischen Wagen ging es von Würzburg über Winterhausen, Ochsenfurt, Marktbreit und Steinach ins Mittelfränkische.

Höhepunkt im Festkalender

Das Stadtfest an Pfingsten stellte den Höhepunkt im Rothenburger Festkalender dar: In der Stadt und vor dem „Würzburger Tor“ lagerten historische Truppen, plündernde Horden erschreckten die Touristen und auf dem Grünen Markt herrschte buntes Treiben. Im Kaisersaal des Rathauses wurde das Schauspiel vom „Meistertrunk“ geboten: Es erinnerte an eine Begebenheit von 1631, als der damalige Bürgermeister die Stadt vor dem Überfall durch die Katholiken rettete, indem er drei Liter Wein in einem Zug austrank.

Das Allgäu machts vor:

Strategiekonzept für „Urlaub auf dem Bauernhof“

Oberreute, Lkr. Lindau - Rund 1,9 Millionen Übernachtungen und 85 Millionen Euro Gesamtumsatz im vergangenen Jahr - der „Urlaub auf dem Bauernhof“ ist für das Allgäu inzwischen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und eine unverzichtbare Einkommensquelle für die Landwirte. Um die Gunst der Stunde zu nutzen und den Aufwärtstrend fortzusetzen, soll das Angebot der Allgäuer Landwirte aus allen vier Landkreisen künftig gemeinsam vermarktet, mit den touristischen Attraktionen der Region besser vernetzt und nach einheitlichen Qualitätsstandards klassifiziert werden. Das neue Strategiekonzept für „Urlaub auf dem Bauernhof“ im Allgäu hat Landwirtschaftsminister Josef Miller jetzt bei einem Pressegespräch auf dem Heuhof Fink bei Oberreute vorgestellt.

Erarbeitet wurde das langfristige Maßnahmenpaket auf seine Initiative hin von den vier Allgäuer Landkreisen, der Landwirtschaftsverwaltung, dem Landesverband „Urlaub auf dem Bauernhof“, engagierten Landwirten, Marketingfachleuten und Tourismusvertretern. Wie Miller betonte, macht es der zunehmende Wettbewerb im hart umkämpften Tourismusmarkt notwendig, die Urlaubsregion in ihrer Gesamtheit für ihre Zukunft zu stärken. Die jetzt vorgelegten Ergebnisse empfahl der Minister bayernweit zur Nachahmung.

Bereits Anfang Juni haben sich laut Miller die bisherigen vier Anbietergemeinschaften aus den Landkreisen Oberallgäu, Unterallgäu, Ostallgäu und Lindau sechs Interessensgruppen „Allgäu Qualität“, „DLG-Betriebe“, „Gesundheitshöfe“, „Kräuterlandhöfe“ und „Blindenhöfe“ zu einer Vermarktungs- und Interessensplattform „Urlaub auf dem Bauernhof im Allgäu e.V.“ zusammen geschlossen.

Durch die Fusion verfügen die rund 1.560 Urlauberbetriebe der Region über eine schlagkräftige Dachorganisation, so der Minister. Der Verein soll auch gemeinsame Messeauftritte, attraktive Serviceleistungen und maßgeschneiderte Urlaubsangebote für die Zielgruppen „Familien mit Kindern“, „Gesundheit und Wellness“, „Natur erleben und aktiv sein“ sowie „Kunst und Kultur“ entwickeln.

So lassen sich laut Miller derzeit bereits 100 Bäuerinnen und Bauern in Qualifizierungsseminaren für Spezialangebote wie Reiter- und Kinderbauernhöfe schulen. Er lobte den Verbund

deshalb als „wichtigen Meilenstein für das Allgäu und Vorzeigemodell für andere bayerische Urlaubsregionen“.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Offensiv-Vermarktung ist laut Miller die gemeinsame Klassifikation des Angebots nach einheitlichen Qualitätsstandards wie dem bekannten Sterne-System. Urlauber können damit bereits bei der Planung - je nach individuellen Ansprüchen und finanziellen Möglichkeiten - ihren Hof gezielt auswählen. Auch die Zusammenarbeit mit weiteren Tourismusangebietern in der Region wie Tourismusverband Allgäu oder Oberallgäu Tourismus Service GmbH werde dadurch deutlich vereinfacht. Miller: „Von der Anreise über die Übernachtung und Verpflegung bis zu Freizeit- und Kulturangeboten - individuelle Urlaubspakete lassen sich so leichter schnüren.“

Nebenerwerbsquelle

Für knapp 15 Prozent der 10.600 Allgäuer Landwirte ist der „Urlaub auf dem Bauernhof“ laut Miller eine unverzichtbare Nebenerwerbsquelle geworden. Bei einem Umsatz von rund 24,6 Millionen Euro erzielten die Höfe dabei einen Gewinn von etwa acht Millionen Euro - das sind im Durchschnitt zusätzlich 5.000 Euro je Hof. Auch die nichtlandwirtschaftlichen Anbieter profitieren in der Region von den Übernachtungsgästen: Experten schätzen den zusätzlichen Umsatz von Gastronomie, Handel, Handwerk und Freizeiteinrichtungen mit den Hofgästen auf über 60 Millionen Euro.



Mit dem ICE ins Rathaus

Neuer bayerischer Bahn-Chef im Würzburger Rathaus

Klaus-Dieter Josel, seit 01.05.2003 als neuer Konzernbeauftragter der DB AG im Amt, übergab Oberbürgermeisterin Pia Beckmann ein Modell des ICE Zuges „Würzburg“. Das Original dieses Zuges fährt seit seiner Taufe am 20.11.2002 unter dem Wappen und dem Namen Würzburg durch Deutschland und das benachbarte Ausland.

Josel, seit 1990 bei der Bahn, freut sich, dass er in Würzburg sein erstes ICE Modell (Maßstab 1:20) übergeben darf und erhielt von Oberbürgermeisterin Beckmann als kleines Geschenk zum Amtsantritt einen attraktiven Würzburg-Schirm überreicht. „Bei schönem Wetter und guter Laune fällt es leicht an Würzburg zu denken. Dieser Schirm soll Sie daran erinnern, dass Würzburg auch bei schlechter Großwetterlage einen Gedanken wert ist“, so das Stadtoberhaupt.

Damit die Bürgerinnen und Bürger von Würzburg ihren ICE ansehen können, wurde das Modell im Eingangsbereich des Rathauses -Eingang Vierröhrenbrunnen- aufgestellt.

Ortsumfahrung Gessertshausen:

Stillstand oder neue Wege?

Informationsveranstaltung stößt auf großes Interesse
Regionale S-Bahn eine attraktive Alternative

Gessertshausen/Landkreis Augsburg (wkl). Die Einwohner von Gessertshausen wollen sich nicht damit abfinden, dass ihre Gemeinde beim Thema Ortsumfahrung „außen vor“ bleibt, während das benachbarte Diedorf im Bundesverkehrsweplan nach einigem Hin und Her in den vergangenen Wochen jetzt wohl doch als „vordringlich“ eingestuft wird. Unter dem Motto „Stillstand bei der Ortsumfahrung Gessertshausen? - Neue Wege!“ lud die Ortsgruppe Gessertshausen-Kutzenhausen des Bundes Naturschutz (BN) jetzt zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung in die Aula der örtlichen Volkshochschule ein. Die Vertreter der beiden Bürgerinitiativen, Alfred Bittner („Interessengemeinschaft Schmuttertale e.V.“) und Reiner Schmidt („Schutzgemeinschaft lebenswertes Gessertshausen“), warben dabei vor zahlreichen interessierten Zuhörern für die von ihnen präferierten Trassen.

Raimund Kamm vom Bund Naturschutz und Hubert Teichmann, der Geschäftsführer der Bahnbetriebsgesellschaft (BBG) Stauden, präsentierten ihre Konzepte für eine rasche und spürbare Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) rund um Gessertshausen. Während Kamm die Notwendigkeit einer Umfahrung dabei aus global-ökologischen Aspekten grundsätzlich in Frage stellte, zeigte Teichmann interessante Möglichkeiten auf, das Thema Verkehrskollaps in Gessertshausen mit Hilfe einer reaktivierten, modernen Staudenbahn bereits in kurzer Zeit zu entschärfen.

Verfahrensschritte

BN-Vorsitzender Johannes Enzler erläuterte eingangs die bisherigen Verfahrensschritte. Das im Oktober 2000 begonnene und Ende Januar 2002 abgeschlossene Raumordnungsverfahren habe für Gessertshausen zwei Trassen-Varianten einer Ortsumfahrung ergeben: die Nord-Trasse entlang der Schmutter und der Bahnlinie,

sowie die (teurere) Süd-Trasse durch ein Waldstück mit Quebrado des Schwarzach- und des Schmuttertals. Die landesplanerische Beurteilung durch die Regierung von Schwaben habe ergeben, dass die Süd-Trasse nach Abwägung aller Fakten umweltverträglicher sei als die Nord-Trasse, gegen die in erster Linie massive Auswirkungen auf den Hochwasserschutz sprächen.

Problemlage

Von einer schwierigen Problemlage sprach Ex-MdL Raimund Kamm, der Verkehrsexperte der BN-Kreisgruppe Augsburg. Er prophezeite, dass sich das Thema Ortsumfahrung in Gessertshausen in spätestens 15 Jahren von selbst erledigt habe und nannte als Begründung die zunehmende Gesundheitsgefährdung und -schädigung durch den Autoverkehr („mehr Abgastote als Unfalltote!“) sowie die rapide schrumpfenden Ölvorräte auf der Erde, die Autofahren eines Tages unbezahlbar machen. Stattdessen plädierte Kamm für ein modernes,

regionales S-Bahn-System mit komfortablen Zügen und einem attraktiven Fahrplan.

Kritik an Deutscher Bahn

Entscheidend sei zudem, dass für diese Züge nicht der Augsburger Hauptbahnhof die Endstation sei, sondern dass mit ihnen - ohne lästiges und zeitraubendes Umsteigen - auch entgegengesetzte Stadtteile und Regionen erreicht werden können. Scharf ging der Verkehrsex-

perte mit der Deutschen Bahn ins Gericht, die mit verrotteten Nahverkehrszügen, schmutzigen Bahnhöfen und unbrauchbaren Fahrplänen selber für die derzeitige Unattraktivität des Schienen gebundenen Personennahverkehrs verantwortlich sei.

Instrument schaffen

BBG-Geschäftsführer Hubert Teichmann zeigte Verständnis für die Forderung der Gessertshausener Bevölkerung, den Ortskern durch eine Umgehungsstraße zu entlasten. Allerdings könne heute noch keiner sagen, ob die Umgehungsstraße, deren Verlauf noch völlig offen sei, in zehn oder erst in 15 Jahren realisiert werden könne. Deswegen müs-

se bereits vorher ein wirksames Instrument zur Entlastung der Straßen geschaffen werden.

Verkehrszählung

Teichmann verwies auf die Verkehrszählungen der Gemeinde Gessertshausen, die ergeben hätten, dass knapp die Hälfte des Verkehrsaufkommens in Gessertshausen auf die Staatsstraße 2026 (Staudenzuführung zur B 300) zurückzuführen sei. Dem seit Jahren geforderten regionalen S-Bahn-System mit einer integrierten Staudenbahn komme daher für eine baldige Verkehrsentslastung eine sehr hohe Bedeutung zu, zumal insbesondere eine Reaktivierung der Staudenbahn binnen zwei Jahren umgesetzt werden

könne, so Teichmann. Das Fundament der Staudenbahn bestehe aus drei Stützpfählen: Ausflugs- und Touristikfahrten am Wochenende, Ausbau und Förderung des Güterverkehrs (bereits heute Verlagerung von rund 8000 LKW pro Jahr auf die Schiene) sowie Reaktivierung des täglichen Personennahverkehrs. Hier sei eine moderne Staudenbahn gefragt, die von den Pendlern als wirkliche Alternative zum Auto nachgefragt und angenommen werde. Um möglichst viele Fahrgäste für die tägliche Fahrt mit der Bahn zu gewinnen, sei es aber auch erforderlich, einen vertakteten Zubringerdienst mittels Bussen zu den Bahnhöfen entlang der Staudenbahn aufzubauen.

Aus einem Guss

Nach dem Slogan „Bahn und Bus aus einem Guss!“ müsse die Staudenbahn im wörtlichsten Sinn zu ihren Kunden kommen. Laut Teichmann werde deshalb auch über die Einrichtung weiterer Haltestellen nachgedacht. Allein in Langenneufnach sei - zusätzlich zum bisherigen Bahnhof - an zwei weitere Haltepunkte gedacht.

transport logistic 2003 mit neuer Rekordbeteiligung

Aktuelle Informationen, neueste Technik und Trends zum Thema Materialfluss präsentierte die transport logistic, Europäische Leitmesse für Logistik, Telematik, Güter- und Personenverkehr in München. Mit einem konzentrierten Branchenauftritt boten die Aussteller eine optimale Übersicht über die neuesten Trends für die Bereiche Transport, Materialfluss, Fabrikautomation, Logistikautomatisierung und Materialflusssysteme.

Branchenführer wie Crown, Kässmeyer, Knapp, MAN Logistics, Savoye, Schäfer, Siemens, Dematic, Stöcklin, Swisslog, Vanderlande, Van Riet, Viastore, Westfalia und Wiltsche nahmen an der Messe teil. In unmittelbarer Nähe der attraktiven Veranstaltungen des Rahmenprogramms wurde erstmals eine Sonderschau zum Thema Materialfluss gezeigt. Zusätzlich wurden hochinteressante Informationsveranstaltungen wie das BVL-Forum „Outsourcing von Logistikzentren und Materialflusssystemen“ oder der Infomarkt von Fraunhofer IML „Warehouse Management Systeme - Wieviel Standard braucht das Lager?“ angeboten.

Rekordbeteiligung

Die transport logistic zeichnete 2003 erneut eine Rekordbeteiligung. Als besonders erfreulich bewertete der Veranstalter Messe München GmbH den hohen Anteil internationaler Aussteller, ihre Beteiligung wächst um beachtliche 58 Prozent.

Deutlich wurde der Trend zur Internationalisierung durch Gemeinschaftsstände aus den Niederlanden, Slowenien, Kroatien und Belgien. Mit Gemeinschaftsbeteiligungen präsentierten sich erstmals auch Nachbarländer wie Italien, Großbritannien, Tschechien und Spanien. Großes Potenzial sehen Fachleute aber auch im Logistikmarkt der EU-Beitrittskandidaten - auch dieser Trend wird durch die hohe Zahl von Anmeldungen und Interessenten bestätigt.

Neue Dimensionen

Die Gemeinschaft der europäischen Bahnen (CER) beschloss, auf der transport logistic mit der EURAIL-FREIGHT 2003 erstmals einen europäischen Eisenbahnkongress mit dem Schwerpunkt Schienengüterverkehr zu veranstalten. Unter dem Motto „New Dimensions for a New Century“ standen die Liberalisierung des Schienengüterverkehrs und ein Eisenbahnnetz ohne Grenzen zur Diskussion.

Die weltweite Luftfrachtindustrie traf sich auf der Air Cargo Europe. Diese ebenfalls erstmalig speziell auf Europa ausgerichtete Luftfrachtausstellung mit Kongress bot auf der transport logistic 2003 eine

ideale Präsentationsplattform für die gesamte Luftfrachtindustrie mit internationalem Publikum. Als Referenten und Aussteller der Air Cargo Europe kamen hochrangige Vertreter der weltgrößten Verlager, Spediteure, Fluggesellschaften, Flughäfen und Anbieter internationaler Luftfrachtdienste nach München.

Tank Container Industrie

Zum ersten Mal auf der transport logistic 2003 trat auch die Internationale Tank Container Industrie mit einem gemeinsamen Messestand auf. Zu ihren Mitgliedern gehören Depotbetreiber, Tank Container Speditionen, Wartungs- und Sicherheitsfirmen sowie internationale Service-Anbieter, die im sogenannten ITCO-Village ein umfangreiches Angebot an Equipment und Dienstleistungen für die chemische Industrie vorstellten. Im Vordergrund des Interesses standen dabei die Qualität und

Sicherheit sowie die Umweltfreundlichkeit von Produkten und Dienstleistungen rund um den Tank Container.

Zu den attraktiven Veranstaltungen des bewährten Rahmenprogramms zählten unter anderem zwei Foren der Bundesvereinigung Logistik (BVL) sowie zahlreiche Info-Märkte. Workshops nahmen Stellung zu höchst aktuellen Themen wie Terrorismusbekämpfung, LKW-Maut, Gefahrguttransporte und internationaler Schienengüterverkehr.

Auch Qualifikation entscheidet über Erfolg

Gerade in der Dienstleistungsbranche Logistik entscheidet jedoch nicht nur die modernste Technik über den Erfolg, sondern Qualifikation und Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die erforderlichen Querschnittsfunktionen der Logistik sind vor allem Planungs-, Steuerungs- und Kommunikationskompetenz erforderlich. Chancen für den Nachwuchs und eine gezielte Ansprache von Berufseinsteigern bot der Karriere-Tag auf der transport logistic 2003 mit einem attraktiv dotierten Hochschulförderpreis. **DK**

Neuer Passagierrekord im Straßen-ÖPNV

2002 fuhren fast 1,2 Milliarden in Bayern mit Linienbussen und Tram

Der bayerische ÖPNV auf der Straße war im letzten Jahr so attraktiv wie noch nie. Rund 1,16 Milliarden Fahrgäste haben 2002 das Linienbus- und Straßenbahnangebot der Verkehrsunternehmen im Freistaat genutzt und eine neue Rekordmarke aufgestellt. Gegenüber dem Vorjahr waren es 0,7 Prozent Kunden mehr.

Bayerns Verkehrsminister Otto Wiesheu freute sich über die gute Resonanz. „Die nochmalige Steigerung um mehr als acht Millionen Fahrgäste ist positiv. Sie zeigt, dass die Bemühungen Bayerns um einen attraktiven ÖPNV fruchten“, bemerkte der Minister. Die Staatsregierung hatte 2002 die ÖPNV-Aufgabenträger und Linienbusunternehmen im Freistaat mit insgesamt 255 Millionen Euro unterstützt.

Wichtiger Standortfaktor

Das Gros der Fahrgäste konzentriert sich auf die größeren Städte in Bayern. In München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg und Würzburg nahmen 2002 zusammen über 900 Millionen Fahrgäste die ÖPNV-Leistungen auf der Straße in Anspruch. Ihr Anteil bei den beförderten Personen

lag damit bei über 77 Prozent. „Gerade dort ist der ÖPNV für Arbeits- und Einkaufspendler, Touristen und Einheimische gegenüber dem Auto oft die bessere Alternative und für die Stadt ein wichtiger Standortfaktor“, bekräftigte Wiesheu.

Vorreiter Freistaat

Der Minister stellte klar, dass Bayern gerade aber auch den ÖPNV im ländlichen Raum forcieren. So erhielten die Aufgabenträger dort 2002 36 Millionen Euro der jährlichen ÖPNV-Zuweisungen, die eine der wichtigsten Säulen der ÖPNV-Förderung im Freistaat ist. Außerdem hob Wiesheu hervor, dass Bayern das erste Bundesland war, das sich im Jahr 1994 der ständig gewachsenen Bedeutung des ÖPNV durch ein eigenes ÖPNV-Gesetz gestellt habe.

Wichtiger Standortfaktor in Deutschland:

Verkehrerschließung durch Güterbahnen und ÖPNV

Anlässlich der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) verdeutlichte dessen Präsident Dr. E.H. Dieter Ludwig die Bedeutung einer qualitativ hochwertigen Verkehrsanbindung für die regionalen Wirtschaftsstandorte. Gerade die Angebote des öffentlichen Verkehrs mit Bussen und Bahnen sowie die des Schienengüterverkehrs seien regionale Qualitätsmerkmale und bestimmten zunehmend auch Standortentscheidungen von Unternehmen und Privatpersonen. Mit insgesamt mehr als 500.000 Beschäftigten im Schienengüterverkehr und ÖPNV sei der öffentliche Verkehr zudem selbst ein nicht zu vernachlässigender Standortfaktor.

So zeige das Beispiel des Großraumes Karlsruhe den Wert einer hohen Erschließungsqualität durch das vorbildliche Regionalstadtbahn-System und durch innovative Lösungen für die Bedienung des Güterverkehrs in der Region, so Ludwig. Unter anderem profitiere das DaimlerChrysler-Werk in Gaggenau von der direkten Anbindung. Auch die Entwicklung der Grundstückspreise zeige, dass gut erschlossene Standorte hoch geschätzt würden.

Karlsruhe sei mittlerweile weltweit durch seine innovativen Verkehrskonzepte bekannt. Hierzu gehöre insbesondere auch eine leistungsfähige Infrastruktur, so Ludwig. Die Bereitschaft, auf diesem Sektor zu investieren, sichere Standortqualität und dürfe daher auf keinen Fall unter die Räder derzeitiger Finanzprobleme kommen. Eine gute Infrastruktur für den öffentlichen Verkehr im Güter- und Personenbereich zahle sich in Attraktivität für steuerzahlende Bürger und potentielle Investoren aus. Es müsse nicht soweit kommen wie im US-Bundesstaat Washington, dem der Weltkonzern Boeing die Abwanderung der Flugzeugproduktion angedroht habe, da er

keine Alternative zum unertragbaren täglichen Stau auf der Straße biete. Um den Standort Deutschland weiter zu fördern, sei folglich eine kontinuierliche Qualitätssicherung durch Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur und deren Ausbau auf hohem Niveau notwendig.

„made in Germany“

Auf dem Weltmarkt habe „made in Germany“ im Sektor des öffentlichen Verkehrs bei Betreibern und Produzenten einen guten Namen. Dies werde in Zukunft nur dann der Fall sein können, wenn richtungsweisende Lösungen wie in Karlsruhe und anderen Regionen auch in Zukunft nicht aus Finanzgründen in den Schubladen der Planer blieben, sondern in der praktischen Umsetzung überzeugen könnten. Dies erfordere trotz aller Effizienzsteigerungen auch finanzielles Engagement. Nur über die überzeugende Qualität der hierzulande angebotenen Rahmenbedingungen für den öffentlichen Verkehr - nicht durch einen Wettlauf in der Reduzierung von Standards - lasse sich der hohe Standard des Standortes Deutschland auf Dauer halten.

GAB-Altlastensymposium 2003:

Standort Bayern stärken!

Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB) richtete ihr Symposium heuer erstmals auf schwäbischem Boden aus. Das 5. GAB-Altlastensymposium in Augsburg wurde von rund 170 Fachleuten besucht. Vertreter aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft nutzten die Gelegenheit, im Rahmen eines breit gefächerten Vortragsprogramms sich über aktuelle Fragen der Altlastensanierung zu informieren und intensiv auszutauschen.

Wie der Sektionsratsvorsitzende der GAB mbH, Ministerialdirektor Dr. Fischer-Heidberger, eingangs betonte, schaffe die Untersuchung altlastenverdächtigter Flächen langfristig Planungssicherheit für die Wirtschaft und leiste einen wichtigen Beitrag zum Boden- und Flächenschutz. Bayern habe sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 den Altlastenverdacht bei den rund 14.000 erfassten Flächen zu klären. Damit werde der Standort Bayern im nationalen und internationalen Wettbewerb gestärkt.

Für die nach Bodenschutzrecht erforderliche „Orientierende Untersuchung“ der Verdachtsflächen stelle der Freistaat trotz schwieriger Haushaltslage im kommenden Jahr rund 3,5 Millionen Euro zur Verfügung. Mehr als 1.500 Hektar altlastenverdächtige Flächen würden dafür von den Wasserwirtschaftsämtern untersucht. „Wenn Altlasten saniert und alte Industrieflächen wiedergenutzt werden, sind neue Investitionen möglich, ohne auf der grünen Wiese bauen zu müssen“, erklärte Fischer-Heidberger. Der Wiedernutzung einst belasteter Flächen müsse stets Vorrang vor der Inanspruchnahme von „Neuflächen“ eingeräumt werden.

Prozesse weiter erforschen

Um die Gefahren, die von einer Altlast auf das Grundwasser ausgehen, besser beurteilen zu können, müssten die im Untergrund ablaufenden Prozesse weiter erforscht werden, meinte der Amtschef. Mit einem Aufwand von rund 2,25 Millionen Euro fördere das Umweltministerium ein von der GAB gesteuertes Forschungsverbundvorhaben, das untersucht, inwieweit im Boden und Grundwasser natürliche Prozesse ablaufen, die zu einem Abbau von Schadstoffen führen. Darüber hinaus werde in die Sickerwasserforschung in der Forschungs- und Versuchsanstalt Wielenbach (Oberbayern) eine Million Euro investiert.

Die Referenten des ersten, von Ministerialrat Dr. Bruno Kaukal moderierten Vortragsblocks, befassten sich mit dem Thema Sickerwasserprognose. Dabei berichtete zunächst Dr. Michael Gierig vom Bayerischen Landesamt für Wasserwirtschaft (LFW) über die bishe-

rigen Erfahrungen aus der Lysimeterstation in Wielenbach, die über acht monolithisch entnommene hochauflösende wägbare Lysimeter mit automatischer Sickerwassermengenmessung und einer eigenen Klimawetterstation verfüge. Durch den Vergleich von Eluat- und Lysimeteruntersuchungen solle ein besseres Verständnis der Leistungsfähigkeit der klassischen Elutionsverfahren für die Altlastenbearbeitung erarbeitet werden. Ganz allgemein könne festgestellt werden, dass Lysimeteruntersuchungen eine wertvolle Unterstützung zur Entwicklung praxisnaher Methoden seien.

Säulenversuch

Dr. Wolfgang Berger von der LFW-Außenstelle Wielenbach stellte den sog. Säulenversuch vor - ein Laborverfahren, mit dem je nach Durchführung transportabhängige Kenngrößen im „Boden“ ermittelt werden können. Sein wesentliches Merkmal sei das vertikale Durchströmen einer nicht beweglichen Feststoffphase mit einem wässrigen Fluid. Ein solcher Versuchsansatz könne die mögliche Sickerwasserkonzentration am Ort der Probenahme näherungsweise abbilden. Berger berichtete, dass Vergleichsuntersuchungen zum Einbau von Untersuchungsmaterial in ein Säulengefäß eine gute Reproduzierbarkeit belegen. Probleme könnten allerdings bei der Einstellung einer konstanten Fließrate auftreten. Eine mögliche Ursache hierfür werde in dem Umbauen der eingebauten Sedimente zu einem stabilen Korngerüst gesehen. Ferner beeinflusse das Auftreten von Luftblasen innerhalb der wassergesättigten Säulenkonstruktion das Austragsverhalten der Säule. Inwieweit die unterschiedlichen bodenphysikalischen Eigenschaften (Porosität, Lagerungsdichte) sowie die dynamische Fließrate Einfluss auf die Beschaffenheitsuntersuchung von PAK mittels Säulenversuche haben, werde zur Zeit untersucht.

Der Herausforderung, die bestehenden Länderregelungen zur Sickerwasserprognose zu vergleichen, stellte sich Dr. Barbara Mies vom Landesumweltamt NRW. Sie betrachtete in ihrem Vortrag die Arbeitshilfen der Länder Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Nach ei-

ner detaillierten Darstellung der Übereinstimmungen und Unterschiede, kam Frau Mies zu dem Ergebnis, dass die wesentlichen Unterschiede in den Länderregelungen nicht auf Differenzen in der fachlichen Auffassung beruhen, sondern vielmehr mit unterschiedlichen Erkenntnissen und Erfahrungen aus dem Einzelfallvortrag in der Altlastenbearbeitung zu begründen sind.

Sickerwasserprognose

So liegen in Bayern, wo die orientierende Untersuchung in der Regel von den staatlichen Wasserwirtschaftsämtern durchgeführt wird, umfangreiche Datensammlungen aus Einzelfällen vor, die für übergreifende Empfehlungen ausgewertet werden können. Entscheidend für die Qualität der Sickerwasserprognose sei aber nicht die zu ihrer Erstellung herangezogene Arbeitshilfe, sondern der Sachverstand des Bearbeiters, der die jeweilige Arbeitshilfe auf den Einzelfall anwende.

Der zweite Themenschwerpunkt stand im Zeichen des natürlichen Reinigungsvermögens von Boden und Grundwasser. Der Frage, ob Monitored Natural Attenuation (MNA) ein ökonomisch sinnvoller Weg ist,

Finanzierung der Altdeponielasten:

Staat und Kommunen bilden gemeinsamen Fonds

Bei der schwierigen Finanzierung der Altdeponielasten konnte der Bayerische Städtetag einen Erfolg verzeichnen. Das Bayerische Finanzministerium sagte zu, dass der Staat zunächst jährlich 5 Mio. Euro für die Sanierung alter gemeindlicher Müllkippen zur Verfügung stellen will. Bedingung des Freistaats ist, dass die Kommunen ebenfalls 5 Mio. Euro in den neu zu schaffenden Fonds einzahlen. Der Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder hat nach Abwägung der Vor- und Nachteile dem Fondsmodell zugestimmt.

Der kommunale Anteil soll durch eine Umlage nach den geltenden Kriterien für die Kreisumlage ermittelt werden. Im Schnitt müssten die Kommunen ca. 50 Cent pro Einwohner und Jahr in den Fonds einzahlen. Umgekehrt sollen kreisangehörige Städte und Gemeinden gefördert werden, wenn sie alte Müllkippen sanieren müssen. Dies kann schnell einige Millionen Euro kosten.

Einen weiteren Erfolg konnte der Städtetag im Dialog mit dem Bayerischen Innenministerium erzielen: Das Ministerium hatte sich lange Zeit einer Gebührenfinanzierung für alte Müllkippen verschlossen. Nunmehr wird zumindest für die nach 1972 geschlossenen gemeindlichen Deponien eine

Übergangslösung durch den Kreis und die Refinanzierung der Sanierungskosten aus den aktuellen Müllgebühren für zulässig gehalten. Damit sind rund 80 Prozent der ca. 7.000 Altdeponien erfasst.

Risiko absichern

Um in geeigneten Einzelfällen MNA eine Chance zu geben und das aufgezeigte Risiko dennoch zu vermeiden, biete sich privaten Sanierungspflichtigen die Möglichkeit, auf der Basis eines öffentlich-rechtlichen Vertrages das Versagensrisiko abzusichern und den Deckungsbeitrag über die Laufzeit der Sanierung schrittweise an externer Stelle aufzubauen. Die Fondsbetreiber (vorzugsweise auf Länderebene) wiederum hätten den Vorteil, dass im Versagensfall von MNA und für den Fall, dass der Sanierungspflichtige mangels Leistungsfähigkeit ausfalle, die Sanierungskosten aus dem Fonds bestritten werden. Mit diesem Modell wäre es möglich, wirtschaftliche Risiko-planung abzusichern und die Umsetzung von MNA zu ermöglichen. **DK**



Die Landräte Luitpold Braun (links sitzend) und Manfred Nagler (rechts sitzend) unterzeichneten den Vertrag über die Zusammenarbeit beider Landkreise. Fritz Raab (links) und Bernd Angermann sekundieren.

Weilheim-Schongau und Bad Tölz-Wolfratshausen:

Landkreise schließen Müll-Ehe

Ein Musterbeispiel kommunaler Zusammenarbeit

Die Landkreise Weilheim-Schongau und Bad Tölz-Wolfratshausen kooperieren künftig bei der Abfallentsorgung. Der Kooperationsvertrag wurde durch die Landräte der beiden Nachbarlandkreise in der Wertstoffgewinnungs- und Vermarktungs-GmbH (WGV) Quarzbühl unterzeichnet. Damit findet die bereits bisher praktizierte Zusammenarbeit eine weitere Steigerung. Beide Landräte sind überzeugt davon, dass das verstärkte Zusammenwirken im Abfallbereich erfolgreich sein wird.

Der Weilheim-Schongauer Landrat Luitpold Braun verglich die Kooperation mit einer guten Ehe, in der beide Partner viel Heiratsgut einbringen. Sein Tölzer Kollege Manfred Nagler sprach von einer guten und wirtschaftlichen Lösung zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger beider Landkreise.

Abfallentsorgungsunternehmen. Fritz Raab von der Erbenschwanger Verwertungs- und Abfallentsorgungs-Gesellschaft (EVA) im Landkreis Weilheim-Schongau erläuterte die künftigen Entsorgungswege.

Sichere Arbeitsplätze

Danach wird die Deponie in Erbenschwang in ein bis zwei Monaten für sieben bis acht Jahre stillgelegt. In dieser Zeit wird der Abfall nach Quarzbühl und Greiling in den Nachbarlandkreis transportiert. Ist die Tölzer Deponie erfüllt, kommt der Müll nach Erbenschwang. Der Geschäftsführer der WGV, Bernd Angermann, bekräftigte, dass die Arbeitsplätze an beiden Standorten sicher seien.

Müllgebühren gesenkt

So konnten sowohl in Weilheim-Schongau als auch in Bad Tölz-Wolfratshausen in den letzten Jahren die Müllgebühren nicht nur stabil gehalten, sondern sogar nicht unerheblich gesenkt werden.

Mit anwesend bei der Vertragsunterzeichnung waren auch die beiden Geschäftsführer der

Abfallwirtschaft:

Monopolkommission fordert mehr Wettbewerb

Bonn. Die Monopolkommission hat mehr Wettbewerb in der deutschen Abfallwirtschaft gefordert. Vor allem müsse es anderen Unternehmen besser möglich sein, in Konkurrenz zum „Grünen Punkt“ des Dualen Systems (DSD) bei der Sammlung und Verwertung von Verkaufsverpackungen zu treten, stellte die Kommission in einem in Bonn veröffentlichten Gutachten fest.

Auch die kommunale Zuständigkeit bei der Müllentsorgung müsse schrittweise aufgegeben werden. Die Monopolkommission ist ein unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung in Wettbewerbsfragen.

Bei der Konzeption der Verpackungsverordnung, aus der der „Grüne Punkt“ hervorging, sei bei dem Bemühen um Umweltschutz die Frage nach dem Wettbewerb vernachlässigt worden, kritisierte die Monopolkommission. Dies sei ein „schwerwiegender Fehler“ gewesen.

Marktmacht des Dualen Systems

Zur Erfüllung ihrer Rücknahmepflichten und Verwertungspflichten bedienten sich Hersteller und Handel fast ausschließlich des Dualen Systems. Es habe Marktmacht und erhebliche Preisgestaltungsspielräume. Letztlich seien auch die Verbraucher betroffen, da sich Verpackungs- und Produktpreise verteuerten.

Hemmendes Gebot der Flächendeckung

Wettbewerber des DSD sollten die Sammelrichtungen mitbenutzen dürfen, forderte die Kommission. Wettbewerbs-hemmend sei in erster Linie das Gebot der Flächendeckung, wonach ein alternatives System ein ganzes Bundesland abdecken muss.

Liberalisierung mit Privatisierung

Bei der kommunalen Müllentsorgung sprach sich die Monopolkommission für eine Liberalisierung mit Privatisierung aus. Ein Erhalt oder gar eine Ausweitung der kommunalen Verwaltungsmonopole wird abgelehnt. Zunächst sollte die Entsorgung aller gewerblicher und industrieller Abfälle liberalisiert werden. Mittelfristig müsse auch eine Liberalisierung der Entsorgung der Haushaltsabfälle durch Gebietskonzessionen oder individuelle Vertragsabschlüsse erwogen werden. **KK/dpa**

Besucherstrom zur Pyrolyse Burgau

Nach wie vor ist die Müllpyrolyseanlage in Burgau Ziel vieler Fachbesucher aus dem Ausland. Durch den Kooperationsvertrag mit der Firma Technip, Düsseldorf, treffen immer wieder Delegationen an der Anlage ein. In Kürze werden sowohl eine Besuchergruppe aus Kanada und als auch aus Korea die Pyrolysetechnik besichtigen und sich über den Stand der Verbesserungsarbeiten informieren.

Als kleiner Nebeneffekt profitiert auch die Region Günzburg von diesen Fachbesuchern, übernachteten sie doch meistens auch in der näheren Umgebung der Pyrolyseanlage. **Hans Joas**

Qualität muss Vorrang haben!

Entsorgungsunternehmen Cleanaway Deutschland wendet sich gegen Dumpingwettbewerb

Die hohe Qualität des Recyclings in Deutschland ist in Gefahr. Diese Befürchtung äußerte Max-Arnold Köttgen, Vorstandsvorsitzender der Cleanaway Deutschland AG & Co. KG anlässlich eines Medienroundtables des Unternehmens in Hamburg. Als Gründe für diese Entwicklung sieht Köttgen den drohenden Dumpingwettbewerb auf dem Entsorgungsmarkt sowie die mangelnde politische Unterstützung für hochwertiges Recycling.

„Der Preisdruck auf die Entsorgungsunternehmen nimmt ständig zu“, so Köttgen. „Die Vergabe von Entsorgungsaufträgen ohne weitgehende Qualitätskriterien wie bei den laufenden DSD-Ausschreibungen kann zu verheerenden Dumpingangeboten führen. Bereits jetzt werden die Lizenzbeiträge für die Hersteller auf Kosten der Entsorgungsunternehmen gedrückt.“ Darunter leide mittel- bis langfristig die Qualität der Dienstleistung, so der Vorstandsvorsitzende des drittgrößten deutschen Entsorgungs- und Recyclingunternehmens.

Qualitätskriterien beachten!

So lässt sich zurzeit beobachten, dass PET-Getränkflaschen, die beim Handel gesammelt werden, zum Teil billig nach China verschifft werden, obwohl ein hochwertiges Recy-

ling hier zu Lande möglich und sinnvoll ist. Um die Kreislaufwirtschaft in Deutschland zu stärken, fordert Cleanaway, dass Qualitätskriterien bei jeder Ausschreibung beachtet werden müssen.

Umweltpolitik lässt zu wünschen übrig

Kritik übte Köttgen auch an der gegenwärtigen Umweltpolitik, die seiner Auffassung nach nicht genug unternimmt, um ein qualitativ hochwertiges Recycling zu unterstützen. „Innovationen wie z.B. die Herstellung und der Einsatz von nahrungsmitteltauglichem Recycling-PET, müssen unterstützt werden. So kann es gelingen, das bei den Verbrauchern beliebte PET auch im Einwegbereich ökologisch sinnvoll einzusetzen.“ Dafür allerdings ist nach Aussage Köttgens eine stärkere

politische Unterstützung notwendig: „Die Gesetzgebung muss alle Mittel ausschöpfen, um Recycling zu fördern. Der Einsatz von Sekundärrohstoffen muss steuerlich und durch die Befreiung von Abgaben gefördert werden. Die Verpackungsverordnung muss vorsehen, dass Verpackungen schnell und unbürokratisch als „ökologisch sinnvoll“ eingestuft werden können, wenn technische Entwicklungen dies möglich machen.“

Cleanaway im Überblick

Cleanaway Deutschland betreut 90.000 Kunden auf dem Gebiet der Entsorgung und Rohstoffverwertung. Mit insgesamt 4.200 Mitarbeitern und einem Umsatz von mehr als 530 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2001/2002 gehört die Cleanaway-Gruppe zu den drei größten Unternehmen in diesem

Gewässerökologische Forschung:

Risiken und Nebenwirkungen in den Gewässern prüfen!

Präsident Göttle: Umweltverträglichkeit von Arzneimitteln muss stärker berücksichtigt werden

Wielenbach. „Arzneimittel für den Menschen müssen stärker als bislang auf ihre Umweltverträglichkeit untersucht und bewertet werden, denn sie kommen über das Abwasser auch in die Gewässer.“ forderte der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft, Albert Göttle.

In der Versuchsanlage Wielenbach informierte er den Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen des Bayerischen Landtages über die aktuellen Forschungsergebnisse des Landesamtes. Die bayerischen Wasserforscher haben zahlreiche dieser Stoffe in Spuren in den Gewässern nachweisen können. Mit ersten Studien prüfen die Wielenbacher jetzt die Langzeitwirkungen der gefundenen Stoffe auf die Fische.

Kein Beipackzettel

Göttle forderte den Bund dazu auf, sich bei der EU für ein Umweltverträglichkeitskonzept bei Arzneimitteln einzusetzen: „Fische und andere Wasserlebewesen bekommen einen Cocktail von Arzneimitteln, über deren Risiken und Nebenwirkungen kein Beipackzettel informiert“.

Praxisnahe Forschung

Arzneimittel und hormonell wirksame Substanzen sind zwei der aktuellen Forschungsgebiete der Wielenbacher Versuchsanlage des Landesamtes für Wasserwirtschaft. Seit über 90 Jahren wird an der dortigen Außenstelle für den Schutz und die Ökologie der Gewässer praxisnahe geforscht. Fische sind die wichtigsten „Haustiere“ der Wielenbacher Wasserforscher. Über 40 Hektar Versuchsfelder stehen dafür zur Verfügung. In 150 Versuchsteichen führen sie Tests mit Fischen, Krebsen und Kleintieren durch und züchten mehr als 20 verschiedene Fischarten für Artenschutzprojekte in ganz Bayern.

Euro beziffert. Es ist mit einer jährlichen Steigerung der Menge von 3 bis 5 Prozent zu rechnen.

Daher ist es unbedingt erforderlich, das Recycling von elektr(on)ischen Altgeräten den veränderten Randbedingungen anzupassen und durch die Konzeption neuer, sowohl ökologisch als auch ökonomisch effizienter abfallwirtschaftlicher Strategien Rechnung zu tragen.

Geschäftsfeld. Zum Kundenkreis gehören Kommunen, Industrieunternehmen, Gewerbe, Handel, Behörden und Privatkunden sowie das Duale System Deutschland DSD. Cleanaway Deutschland gehört zur internationalen Cleanaway-Gruppe mit weltweit 12.000 Mitarbeitern. Sie ist ein Tochterunternehmen des Brambles-Konzerns.

Umfassende Lösungen

Das in Sydney und London an der Börse notierte Unternehmen bietet in über 40 Ländern industrienahe Dienstleistungen an. Hauptsäulen des 1875 im australischen Newcastle gegründeten Unternehmens sind neben Cleanaway der Logistik-Dienstleister CHEP mit Hauptsitz in Orlando, Florida, und einer Niederlassung in Köln, sowie die Recall-Gruppe, ein ebenfalls weltweit operierendes Unternehmen, das umfassende Lösungen für Informations-Management anbietet. Recall hat sein Hauptquartier in Atlanta, Georgia, und operiert in Deutschland von Hamburg aus.

Besucherrekord in der Therme Obernsees

Fränkische Schweiz (fpo) - Das Jahr 2002 war das bislang erfolgreichste Betriebsjahr der Therme Obernsees seit ihrer Eröffnung im Mai 1998. Es wurden fast 270.000 Besucher gezählt. Davon kamen allein 86.000 in das hochattraktive Saunaparadies. Auch das Jahr 2003 begann im Januar mit einem Besucherrekord. Erstmals wurde in einem Monat die Zahl von 30.000 Besuchern. An einzelnen Tagen waren mehr als 2000 Bade- und Saunagäste zu verzeichnen.

Dies berichtete Landrat Dr. Dietel, Bayreuth, bei einer Pressekonferenz im Zusammenhang mit der laufenden Baumaßnahme zur Erweiterung der Badewelt in Obernsees, die völlig ausgereizt sei. „Es wird daher höchste Zeit, dass wir über die im Bau befindlichen Erweiterungsflächen rechtzeitig vor Beginn der Herbst- und Wintersaison 2003/2004 verfügen können“, so der Zweckverbandsvorsitzende Dr. Dietel. Den Badenden werde es dann möglich sein, 360 Quadratmeter mehr an Wasserfläche, einschließlich den zugehörigen Aufenthaltsflächen, nutzen zu können.

Einzugsbereich vergrößern

Künftig stehen acht verschiedene Becken mit unterschiedlicher Ausstattung und Größe sowie differenzierter Wassertemperaturen zur Verfügung. Die Bruttogrundfläche und der Rauminhalt der umschlossenen Gebäudeanteile werden gegenüber dem Bestand um fast 60 Prozent erhöht. Das sind die besten Voraussetzungen dafür, damit die Therme Obersees weiterhin ein familien- und fremdenverkehrsorientiertes Thermalbad mit erheblich gesteig-

ertem Erlebnis- und Erholungswert bleibt und ihren Einzugsbereich weiter vergrößern kann.

7,15 Mio. Euro Kosten

Die Gesamtbaukosten für die Erweiterung der Badewelt mit neuer Physiotherapie belaufen sich auf 7,15 Millionen Euro. Die staatlichen Zuwendungen hierfür betragen 2,9 Millionen Euro. Bis auf eine Auftragssumme von circa 500.000 Euro sind alle Gewerke vergeben. Dabei gingen 85 Prozent der vergebenen Auftragssumme an Firmen in Oberfranken. „Dadurch unterstützen wir in konjunkturell schwieriger Zeit die heimische Bauwirtschaft“ unterstreicht Landrat Dr. Dietel und betont weiter: „Einsatz von Nachunternehmern, die mit ausländischen Billiglohnkräften arbeiten, findet auf dieser Baustelle nicht statt.“

Die offizielle Eröffnung des neuen Badebereichs ist in der ersten Septemberwoche 2003 geplant. Die Therme Obernsees wird von einem kommunalen Zweckverband getragen, bestehend aus dem Landkreis Bayreuth und der Gemeinde Mistelgau. Mehrheitspartner ist der Kreis Bayreuth. fpo

Erkundung von Altlasten im Zeitplan

Die Altlastenerkundung in Bayern wurde vom Bayerischen Umweltministerium bereits frühzeitig begonnen und wird effektiv weiterbetrieben. Alle erfassten Altlastenverdachtsflächen werden Zug um Zug nach Priorität untersucht und bis 2020 einer Erstbewertung unterzogen sein. Die diesbezüglichen Vorwürfe von SPD-MdL Wörner seien aus der Luft gegriffen, so das Umweltministerium.

Unter Effekthascherei sei auch die von MdL Wörner geäußerte Kritik an der mangelnden Finanzierung der Altlastensanierung zu subsumieren. Altlastensanierungen seien in erster Linie von den Verursachern oder den sonstigen „Störern“ nach dem Bundesbodenschutzgesetz vorzunehmen. Erst wenn kein anderweitiger Verantwortlicher greifbar sei, erfolge eine Ersatzvornahme durch die öffentliche Hand. Die finanziellen Aufwendungen des Fei-

staats hierfür seien erheblich. Die Staatsregierung habe bei der Altlastenerkundung eine an die Notwendigkeit angepasste Prioritätensetzung vorgenommen. Danach werden Altlasten, von denen eine Gefährdung für Mensch und Umwelt - so z.B. die Gefährdung von Trinkwasserbrunnen - ausgeht, vordringlich angegangen. Die SPD sollte diese Art von Wahlkampfgetöse demnach laut Umweltministerium besser unterlassen. ☞

Novelle der Pflichtenpfandregelung:

Zu kurz gesprungen

Umweltminister Schnappauf: Unsinnige Detailregelungen

„Das Bundesumweltministerium versperrt sich nach wie vor einer durchgreifenden Vereinfachung der Pfandregelung“, sagte Umweltminister Werner Schnappauf nach der Entscheidung des Bundeskabinetts zum neuen Entwurf der Novelle. Noch immer können ökologisch vorteilhafte Verpackungen erst nach der Mitwirkung von Bundeskabinetts, Bundestag und Bundesrat aus der Pfandpflichtregelung herausgenommen werden.

Damit verbindet sich ein immenser bürokratischer Aufwand für drei Verfassungsorgane bei jedem einzelnen neuen Verpackungstyp. Schnappauf: „Das Bundesumweltministerium bleibt beim Kleinklein, bei Ideologie statt Innovation.“

Keine Mehrbelastung für den Bürger!

Der Minister hob hervor, dass die Forderung der unionsgeführten Länder nach wie vor nicht in ausreichendem Maß

erfüllt worden ist. „Die Verpackungsverordnung muss einfacher werden und darf zu keiner Mehrbelastung für den Bürger führen“, so Schnappauf. Bayern und andere unionsgeführte Länder hatten unter anderem gefordert, dass die Pfandhöhe einheitlich sein soll und Großpackungen über drei Liter pfandfrei bleiben. Eine Innovationsklausel sollte ermöglichen, dass ökologisch vorteilhafte Verpackungen in einem unbürokratischen Verfahren anerkannt werden. ☞

VDI-KUT-Fachtagung:

Perspektiven für das Recycling von Elektro- und Elektronik-Altgeräten

Die VDI-Koordinierungsstelle Umwelttechnik (VDI-KUT) lädt zur Fachtagung „Perspektiven für das Recycling von Elektro- und Elektronik-Altgeräten“ am 27. Juni 2003 nach Düsseldorf ein.

Mit der Veröffentlichung der Richtlinien zum Thema „Entsorgung gebrauchter elektrotechnischer und elektronischer Geräte“ sowie zum „Verbot bestimmter Inhaltsstoffe“ im Amtsblatt der EU am 13. Februar 2003 ist amtlich, dass ab August 2005 elektr(on)ische Altgeräte kostenfrei zurückgenommen werden müssen.

Strittige Fragen

Wer denkt, alles ist geregelt, hat sich geirrt, denn jetzt beginnt erst die Problematik der nationalen Umsetzung. So gilt es z.B. die Frage zu klären, wie die Verbraucher ihre Altgeräte zurückgeben können. Klar ist bisher nur, dass die Hersteller für die Entsorgung ihrer eigenen Produkte verantwortlich sind. Sie können diese Aufgabe in Eigenregie angehen oder sich kollektiv dieser Herausforderung stellen. Weiterhin strittig ist die Finanzierung der Entsorgung. Ist die

geplante Ausweisung der Entsorgungskosten die Lösung?

Bei der Rücknahme von Altgeräten aus dem gewerblichen Bereich ist die Frage zu klären, ob die Bildung von Rückstellungen für die Entsorgung notwendig wird, was aus rechtlicher Sicht besonders umstritten ist, oder eine Lösung durch bilaterale Verträge erlaubt wird. Eine weitere offene Frage ist die der Realisierung der Überwachungs- und Kontrollinstitutionen.

Neue Strategien

Fest steht, dass alle EU-Mitgliedsstaaten bis Mitte 2004 eine eigene nationale Umsetzung realisiert haben müssen. Betroffen sind in der EU jährlich ca. 6 Mio. Tonnen elektr(on)ische Altgeräte aus den unterschiedlichsten Bereichen. In Deutschland sind dies allein 1,1 Mio. Tonnen, wofür der ZVEI die Gesamtkosten für eine umweltverträgliche Verwertung auf 350 bis 500 Mio.

Nürnberger Wasserwirtschaftstag 2003:

Naturereignis Hochwasser

Der Nürnberger Wasserwirtschaftstag der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (ATV-DVWK), Landesverband Bayern, hat mittlerweile eine über 10-jährige Tradition. In diesem Jahr konzentrierte sich die Veranstaltung auf die Schwerpunktthemen „Der Kanal - das unbekannte Wesen?“ und „Hochwasser hat Zukunft“. Diese bewusst provozierenden Formulierungen sollten bewirken, dass einmal die abwasserbeseitigungspflichtigen Kommunen sich noch stärker als bisher um ihre bestehenden Kanalnetze kümmern und zum anderen extreme Hochwasser auch als Naturereignisse angesehen werden müssen.

Nach einer Umfrage der ATV-DVWK sind in Deutschland für die Sanierung der kurz- und mittelfristig zu behebbenden Schäden in der öffentlichen Kanalisation etwa 45.000.000.000 Euro erforderlich. Naturgemäß kann jedoch keine Kommune mit dieser Zahl wirklich etwas anfangen. Einprägsamer ist es, wenn diese Zahl auf spezifische Kosten pro Jahr zurückgerechnet wird. Es ergeben sich jährliche Sanierungskosten bei öffentlichen Kanälen von etwa 4.000 Euro pro Kilometer Kanal. Wie die praktischen Erfahrungen bei der Kanalsanierung mittels Schlauchlinern in Nürnberg aussehen, erläuterte Konrad Pommer vom Stadtentwässerungsbetrieb Nürnberg im Rahmen von Seminar 1.

Der Schlauchliner, so Pommer, sei zwar ein Industrieprodukt; jedoch hänge dessen Qualität sehr stark von der individu-

ellen Bearbeitung am Einbaustand ab. Die bislang gewonnenen praktischen Erfahrungen machten deutlich, dass eine ausreichende Qualität der eingebauten Produkte, die maßgeblich für die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme überhaupt ist, nur durch exakt formulierte technische Verdingungsunterlagen und Prüfanforderungen sowie eine konsequente Bauüberwachung zu erreichen sei.

Schlauchlinertechnik

Pommer verwies darauf, dass sich ein bestimmter Qualitätsstandard auf dem Markt nicht durch eine einzelne Kommune wie Nürnberg durchsetzen lassen. Auch andere Kommunen seien von den Vorteilen der Schlauchlinertechnik angetan und beabsichtigten, sie in der Zukunft mit der Überzeugung anzuwenden, ein preiswertes

Produkt mit einer Lebensdauer von rund 50 Jahren einzubauen. Dieses Ziel sei allerdings nur erreichbar, wenn ein bestimmtes Anforderungsprofil über Qualität, Materialkennwerte oder deren Überprüfung vertraglich festgeschrieben wird. Der Stadtentwässerungsbetrieb Nürnberg habe sich daher mit sechs weiteren süddeutschen Großstädten zusammengeschlossen und eine Arbeitsgruppe gebildet, die dieses Anforderungsprofil präzisieren und die entsprechenden Ausschreibungsunterlagen ausarbeiten soll. Pommer: „Wenn auf breiter Basis einheitlich ein hoher Qualitätsstandard gestellt wird, werden die Fachunternehmen endlich die erforderlichen Konsequenzen ziehen und zufriedenstellende Qualität liefern. Dass dies möglich ist, haben sie in der Vergangenheit an leider bislang nur wenigen Beispielen gezeigt.“

Aktionsprogramm 2020

Hochwasser hat Zukunft - denn nach dem Hochwasser ist vor dem nächsten Hochwasser. Ziele, wichtige Projekte und Vorhaben des Aktionsprogramms 2020 für einen nachhaltigen Hochwasserschutz in Bayern wurden in Seminar 2 vorgestellt und diskutiert. Das Aktionsprogramm folgt einer 3-Säulen-Strategie aus natürlichem Rückhalt

Neues Niederschlags-Messnetz

Vor wenigen Tagen hat Bayern ein neues Niederschlagsmessnetz in Betrieb genommen: 80 hochmoderne Messgeräte im gesamten Freistaat liefern ab sofort laufend aktuelle Werte direkt in die Hochwassernachrichtenzentrale des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft. Dort werden die Messwerte aktuell zu Hochwasservorhersagen verarbeitet. Wie Präsident Albert Göttle betonte, sei dies „ein ganz wichtiger Baustein für präzise und frühzeitige Hochwasserwarnungen“. Schließlich brauche schnelles Handeln zuverlässige Vorhersagen. Weitere 30 Niederschlagsmessstationen der bayerischen Wasserwirtschaft werden bis Ende des Jahres in Betrieb gehen. Die speziell für die Hochwasservorhersage ausgewählten Standorte ergänzen damit das Messnetz des Deutschen Wetterdienstes. Rund 1,5 Mio. Euro gibt der Freistaat im Rahmen des Innovationsprogramms gewässerkundlicher Dienst für das neue Niederschlagsmessnetz aus. Es ist Teil des Hochwasserschutz-Aktionsprogramms 2020, das nach den Worten Göttles beispielhaft in Deutschland ist. **KI**

und vorbeugendem Hochwasserschutz, technischem Hochwasserschutz und weitergehender Hochwasservorsorge.

Wie Berthold Greim vom bayerischen Umweltministerium darstellte, laufen in Bayern derzeit mehr als 400 Hochwasserschutzprojekte. Dazu zählen die Sanierung von rund 100 Kilometer Deichen, die Reparatur und die Deicherhöhung an der Donau im Raum Neustadt a.d. Donau, die Hochwasserdeiche für Immenstadt i. Allgäu und Rauenzell an der Iller, die geänderte Bewirtschaftung des Forggensees für mehr Hochwasserschutz am Lech, der Ostrach-Ausbau im Bereich der Gemeinde Burgberg im Allgäu/Sonthofen, der sich beim Augusthochwasser 2002 bewährte, die Neuanlage von rund 15 Hektar Auwald und weiteren Flächen für den natürlichen Hochwasserrückhalt an der Altmühl bei Gunzenhausen, die Hochwasserschutzmaßnahmen an der Tauber, die Schaffung natürlicher Retentionsflächen und die Verlängerung des Mains um eine Flussschleife bei Bamberg, der Hochwasserschutz der Stadt Traunstein sowie der Bau der Hochwasserspeicher Furth im Wald und Goldbergsee bei Coburg.

Darüber hinaus, so Greim, werden von der Wasserwirtschaft und den Kommunen intensive Verhandlungen mit den Grundeigentümern geführt, um die notwendigen Flächen für Rückhalteräume oder den Bau von Deichen zu erwerben.

Mobile Elemente

Bei vielen Planungen von Hochwasserschutzanlagen, mit denen man für verschiedene Kommunen befasst ist, wird laut Dr. Joachim Dressler, Ing.-Büro DER, München, gewünscht, mit mobilen Elementen zu arbeiten. Schließlich wolle man nicht „eingemauert“ werden und die Sichtbeziehung zu dem Fluss, mit dem man lebt, verlieren. In vielen Fällen sei dann allerdings darauf hinzuweisen, dass ohne gewisse Einschränkungen Lösungen mit mobilen Systemen doch nicht verwirklicht werden können.

Dressler gab zunächst einen Überblick über die diversen Randbedingungen zum Einsatz mobiler Hochwasserschutzsysteme. Anhand von Beispielen - Würth am Main, Miltenberg am Main und Neuburg an der Donau - zeigte er auf, dass es immer individuelle Lösungen für

eine Hochwasserschutzeinrichtung geben wird. Deshalb sei wesentlich, sich auf solche Vorgaben einzustellen.

In Würth am Main und in Miltenberg hatte die zuständige Wasserwirtschaftsverwaltung gemeinsam mit der Kommune und jeweils einem Architekten ein bestimmtes Konzept entwickelt. Teilweise musste aufgrund von Empfehlungen der später hinzugezogenen Ingenieure von bestimmten Lösungen abgewichen werden. In Freudenberg am Main wiederum hat die Kommune von Anfang an einen Städteplaner und ein im Tiefbau tätiges Ingenieurbüro zusammengeführt, um hier Lösungen zu entwickeln, die sowohl von der städtebaulichen Gestaltung wünschenswert, als auch von der Ingenieurtechnik her machbar waren. Man erlebt Dressler zufolge derzeit eine ähnliche Situation bei der Ausschreibung der Wettbewerbsaufgabe für die Stadt Regensburg. Das Zusammenwirken zwischen Städteplaner und Ingenieuren mit tiefbautechnischem und statisch konstruktivem Hintergrund könne für die frühe Phase der Entwicklung von Lösungen große Vorteile besitzen. **DK**

Neue Initiative:

„Gewässernachbarschaften Bayern“ für Kommunen

Auftaktveranstaltung im Unterallgäu

Markt Rettenbach - Unter dem Motto „Gemeinsam für die kleinen Gewässer“ hat der Freistaat Bayern mit den „Gewässernachbarschaften“ eine neue Initiative gestartet. Zur Auftaktveranstaltung im Landkreis Unterallgäu forderte Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft, zusammen mit Landrat Hermann Haisch die Kommunen und Beteiligten dazu auf, die Chancen und Möglichkeiten der neuen Nachbarschaft aktiv zu nutzen.

Nach dem erfolgreichen Vorbild der Kläranlagen- und Wasserwerksnachbarschaften werden nun im Freistaat flächendeckend die Gewässernachbarschaften aufgebaut. In Bayern gibt es rund 60.000 Kilometer kleiner Bäche und Flüsse, die von den Kommunen unterhalten werden. Laut Göttle besteht aber an vielen Gewässern noch Verbesserungsbedarf, um die strengen Ziele der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie bis zum Jahr 2015 zu erfüllen. Der Freistaat fördert die Aufstellung von Gewässerentwicklungsplänen mit 75 Prozent der Kosten und übernimmt bei der Umsetzung 30 Prozent der Unterhaltungskosten. Maßnahmen, die unmittelbar der Ökologie zu Gute kommen, werden sogar mit 50 Prozent unterstützt.

Anregung durch Spitzenverbände

Hilfen und Tipps auf dem Weg zu mehr Natur für Bayerns Bäche bieten die neuen Gewässernachbarschaften. Die kommunalen Spitzenverbände hatten die Einrichtung angeregt, denn mit dem Privatisierungsgesetz musste sich der Freistaat

seit 1996 aus den Planungen für die kleinen Gewässer zurückziehen. Rund 50 erfahrene Fachleute und Praktiker aus der Wasserwirtschaft, den Kommunen und aus anderen Bereichen haben die Aufgaben übernommen. Sie arbeiten ehrenamtlich als Berater in den Gewässernachbarschaften.

Schulungsmaterial

Das Schulungsmaterial für ihre Nachbarschaftstage hat das Landesamt für Wasserwirtschaft erarbeitet und herausgegeben. Zwei Mal jährlich können sich die Teilnehmer künftig kostenlos auf den neuesten Stand rund um die Unterhaltung der kleinen Gewässer bringen und bei konkreten Projekten ihre Erfahrungen austauschen.

Im Landkreis Unterallgäu und der Stadt Memmingen ist mit dem Nachbarschaftstag der Startschuss dazu gegeben worden. Martin Merk bringt als Berater der Nachbarschaft sein berufliches Fachwissen ein: Er ist hauptamtlich als Flussmeister im benachbarten Landkreis Oberallgäu am Wasserwirtschaftsamt Kempten beschäftigt. **DK**



Besichtigten das wiedergewonnene Kleinod: V.I. Franz Jungwirth, Luitpold Braun und Josef Göppel.

Lebensraum Lechtal:

Gewinn für Mensch und Natur

Menschliche Einsicht und engagiertes Handeln sind nicht vergeblich, zumal wenn sie auf die Natur selbst setzen und ökologische Zusammenhänge beachten. Ein beeindruckendes Beispiel hierfür bietet das von der Tiroler Grenze bis zur Donaumündung reichende, sieben Landkreise durchquerende Biotopverbundprojekt „Lebensraum Lechtal“. Mit einer Länge von rund 170 Kilometern ist es zumindest in Bayern einzigartig.

Weilheim-Schongaus Landrat Luitpold Braun und der Vorsitzende des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege, der Bundestagsabgeordnete und Forstwirtschaftswissenschaftler Josef Göppel, konnten kürzlich dem oberbayerischen Bezirkstagspräsidenten Franz Jungwirth sowie Naturschützern und Landwirten mit berechtigtem Stolz ein wiedergewonnenes Kleinod und echtes Schmuckstück in der Biotopkette entlang des Lechs vorstellen: eine rund vier Hektar umfassende Flussschotterheide in der „Lechhau Gründl“ bei Prem.

Heute ist dieses Magerrasen-Biotop wieder Heimat für eine bunte Vielfalt von Orchideen und Enzian. „Hier haben Mensch und Natur gleichermaßen gewonnen“, freute sich Luitpold Braun. Nach flussbaulichen Maßnahmen und den dadurch ausbleibenden Überschwemmungen habe dem artenreichen Biotop das Ausgedroht. Denn rasch begannen sich auf den Magerrasenflächen Gebüsch und Gehölz auszubreiten und den Lebensraum der angestimmten Flora empfindlich zu beschneiden.

Er sei sehr froh, so Braun, dass sich vor nunmehr drei Jahren das Landratsamt als untere

Naturschutzbehörde, das Wasserwirtschaftsamt und engagierte Landwirte zusammengetan hätten, um dieses Kleinod zu erhalten. Wie nun jedermann sehen könne, sei dies überzeugend gelungen und damit auch „ein Stück sanfter Tourismus“ geschaffen worden.

Verbreiterung der Flora

Laut Josef Göppel ist es Ziel des Projektes „Lebensraum Lechtal“, entlang dieses Flusses einen Verbund von Magerrasen mit einer reichen Vielfalt von Orchideen und Enzian zu schaffen. Dadurch solle sich die Alpenflora wieder bis zur Donau hin verbreiten können. Göppel, dessen Verband in das Projekt bislang bereits zwei Millionen Euro investiert hat, verwies darauf, dass dieses Geld von der Glücksspirale stammt. Die Glücksspirale stelle immerhin ein Viertel ihrer Einnahmen aus dem Verkauf von Losen für den Naturschutz zur Verfügung. Große Unterstützung erhalte das „Lechtal-Projekt“ zudem durch den Bayerischen Naturschutzfonds. Es gelte, das Projekt derart zu gestalten, dass es sich mit minimalem Aufwand tragen könne. **DK**

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Peter Müller

Jens Korn (KPV)

Lutz Roßmann (Landtag)

Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 37 vom 01.01.2003

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) €27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

KPV-Kreisverband Aschaffenburg-Land gegründet

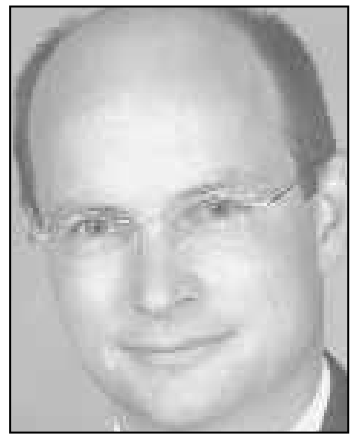
Landrat Dr. Ulrich Reuter zum Kreisvorsitzenden gewählt

Goldbach. Eigens aus dem oberbayerischen Schongau angereist war der Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV), Landrat Luitpold Braun, um die Gründung des KPV-Kreisverbandes Aschaffenburg-Land zu begleiten. CSU-Kreisvorsitzender Norbert Geis hieß vor 30 Gästen den Landrat des Landkreises Weilmünster-Schongau als Landesvorsitzenden der „nicht nur zahlenmäßig starken“ Arbeitsgemeinschaft in der CSU willkommen, der über aktuelle Herausforderungen für die Kommunalpolitik referierte. Der Aschaffener Landrat Dr. Ulrich Reuter wurde ohne Gegenstimme zum ersten Kreisvorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden die Geiselbacher Bürgermeisterin Marianne Krohnen mit 21 Stimmen sowie der Fraktionsvorsitzende der Hösbacher CSU-Gemeinderatsfraktion und Kreisrat Jürgen Hochrein mit 24 Stimmen.

In seiner Begrüßung hob der Bundestagsabgeordnete Norbert Geis die Bedeutung der Kommunalpolitik und der KPV hervor, die mit den aktiven Frauen und Männern der CSU die intensive Verbindung zur Basis herstelle. Diese „Nähe zum Menschen“ stelle die grundlegende Stärke der Christlich-Sozialen Union in Bayern dar. Die Kommunalpolitik sei weitgehend auch der mit dem höchsten Vertrauen der Bevölkerung ausgestattete Politikbereich, in denen die Verfallszeit von Ankündigungen auf Bundesebene allenfalls noch eine Woche betrage. Gerade als Bundespolitiker mit kommunalpolitischem Mandat - Geis ist seit vielen Jahren auch Kreisrat - sei es besonders erschreckend, so Geis, wie sich die verfehlte Wirtschaft- und Steuerpolitik der rot/grünen Bundesregierung auf die Kommunen auswirke.

Braun griff diesen Gedanken auf und verwies auf die aktuelle Steuerschätzung, wonach Bund, Länder und Gemeinden bis 2006 126 Mrd. Euro weniger Steuern einnehmen als geplant. Von den in diesem Jahr fehlenden 8,7 Mrd. Euro Steuereinnahmen entfielen 505 Millionen Euro Ausfall

allein auf Bayern. Bayern könne sich der seit Jahren negativen Bundesentwicklung nicht dauer-



Dr. Ulrich Reuter.

haft entziehen. Dennoch sei das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs von 1998 bis 2002 von 5,3 Mrd. Euro auf 5,9 Mrd. Euro gestiegen.

Aufgrund bundespolitischer Entwicklungen wie dem eingebrochenen Körperschaftsteueraufkommen, auf die der Freistaat keinen Einfluss habe, sei die Ausgleichsmasse auf 5,7 Mrd. Euro zurückgegangen, so Braun. Dennoch wurden in schwierigem

Kontext punktuell erhebliche Verbesserungen zugunsten der Kommunen umgesetzt, betonte Landrat Braun, wie etwa die Beibehaltung des Niveaus der Schlüsselzuweisungen auf dem des Jahres 2002 mit rund 2,1 Mrd. Euro und die Freistellung der Bezirke von den Aufgaben und Lasten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit etwa 73 Mio. Euro jährlich.

Wie sehr es den Kommunen an die Existenz gehe, zeige, dass gerade der bislang seriöse kommunale Politikbereich zu spektakulären Mitteln greife, um auf seine Probleme aufmerksam zu machen. Dass Bürgermeister symbolisch „baden gehen“, am „Hungertuch nagen“ oder Demos organisieren müssten, sei eine untragbare, unglückliche Situation. Die Dramatik zeige sich auf allen kommunalen Ebenen, so Braun: Eben erst habe der Bezirk Schwaben seinen Bezirksumlagensatz auf 24,4 % erhöhen müssen; der durchschnittliche Kreisumlagensatz der oberbayerischen Landkreise sei in 2003 auf über 47 % gestiegen. Die Bundespolitik müsse sich fragen lassen, ob die Kommunen aufhören sollten, zu existieren. Er forderte, die Kommunen kurzfristig wieder in die Lage zu versetzen, gegenüber ihren Bürgern ihre Aufgaben erfüllen und investieren zu können, anstelle notwendige Leistungen kürzen zu müssen.

Berlin zum Schwur zwingen

Braun begrüßte die Ankündigung der Bayerischen Staatsregierung, den bayerischen Kommunen finanzielle Hilfen zu gewähren, wenn, wie zu befürchten, die dringende Sanierung der Kommunalfinanzen auf Bundesebene nicht Anfang 2004 komme. Daneben würde das Finanzhilfesystem für besonders hilfsbedürftige Kommunen kurzfristig aufgebessert. So würden Mittel für Bedarfszuweisungen aufgestockt, die Entscheidungen hierüber seien heuer schon im Juli möglich. Dies sei erfreulich, so Braun. Allerdings müsse Berlin zum eindeutigen Schwur gegenüber den Kommunen und zu entsprechenden Handlungen gezwungen werden.

Bürgermeister Helmut Winter verwies in der Aussprache darauf, dass die öffentliche Diskussion über Gründe und Ursachen der existenzbedrohenden Krise der Kommunen noch nicht weit genug entwickelt sei. Verschiebeparkplätze von einer staatlichen Ebene auf eine andere forderte er

„Jetzt machen sich wieder alle möglichen Leute geistig in die Hose, nur weil uns Kommunen ein bisschen eigener Entscheidungsraum eingeräumt werden soll. Wer nicht mitmachen will, soll's halt lassen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, war etwas auf Defig gestrickt, als er bei der Wirtschaftstafel auf den hessischen Bundesratsantrag angesprochen wurde, der Kommunen ermöglichen soll, auf gebührenpflichtigen Stellplätzen die erste halbe Stunde umsonst parken zu lassen.

Es ist doch so, dass kleine Städte wie wir absolut jede sich bietende Möglichkeit ergreifen müssen, unsere Innenstädte für Kunden und Händler attraktiv zu machen. Denn unser Einzelhandel ist im Schraubstock: Einerseits durch die großen „Einkaufsparadiese“ vor den Toren der Stadt (die der Kämmerer sehr lieb hat, weil



Einkäufer und Flaneure zu schultern sind, aber Dauerparker vergrätzen.

Natürlich muss auch unsere Stadt die Laternenparkplätze im Zentrum bewirtschaften, schon um für Fluktuation zu sorgen sowie um den Bürgern, die dort wohnen und die wir dort halten wollen, Parkraum zu sichern. Schlussendlich will doch keiner den Verkehr in die Kernbereiche locken. Aber andererseits ist es nicht einzusehen, warum jemand, der ein Rezept beim Arzt abholt und gleich in die Apotheke geht, für die 20 Minuten gleich voll abdrücken soll.

Klar, die Verhältnisse sind in keiner Stadt gleich. Bei den einen ist der Parkraum so knapp, dass gar nichts geht, die anderen haben einen so guten ÖPNV, dass sie sich um die Erreichbarkeit der Innenstadt nicht zu sorgen brauchen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist auch noch nicht entschlossen, was er dem Stadtrat empfiehlt, wenn das Gesetz kommt. Ob eine „Brötchentaste“ wie in einigen Städten in NRW eingerichtet wird, die an den Parkautomaten kostenlos einen Parkschein für 15 Minuten ausstellt oder ob die erste halbe oder ganze Stunde auf Parkgebühren verzichtet wird oder ob er mit der wirtschaftlichen Vereinigung einen Deal macht, dass die Geschäfte den Kunden den Parkschein rückvergüten sollen. Aber er ist dafür, dass wieder eine bürokratische Fessel fällt und der Spielraum der Kommunen erweitert wird, für sich passende Lösungen zu stricken. Warum sind aber auch Kommunalpolitiker dagegen? Die Antwort hat George Bernard Shaw auf dem heutigen Kalenderblatt: „Freiheit heißt Verantwortung. Deshalb wird sie von den meisten Menschen gefürchtet.“

Von Autofahrern und Folterwerkzeugen

sie Gewerbesteuer bringen), andererseits durch die ungleich breitere Vielfalt in den großen Städten, die die Menschen gerne nutzen, wenn sie es mit anderen Aktivitäten, etwa einem Theater- oder Konzertbesuch, verbinden können. Gerade die jetzt auch am Samstag mögliche Abendöffnung macht es doch naheliegend, sich vor dem „Fliegenden Holländer“ noch schnell einen schicken Windbreaker zu kaufen.

Deshalb ist unser Bürgermeister schon immer der Meinung gewesen, dass die Folterwerkzeuge, die andere Städte den Autofahrern zeigen, in unserer Situation nichts bringen, z. B. Laternenparkplätze, die - würde man theoretisch einen ganzen Monat darauf stehen - soviel kosten wie in München ein Penthouse mit Blick auf den Englischen Garten. Wir haben im Ring um unsere „City“ und in geringerem Umfang auch in der Kernstadt Parkhäuser oder größere Parkflächen, die moderate, aber dezidiert progressiv steigende Gebühren kassieren, die für

ebenso zu beenden wie Verlagerungen aus einem kommunalen Haushalt in einen anderen. Lösungen seien nur dadurch zu erreichen, dass die Wirtschaft belebt werde und die Steuergesetze vernünftig gestaltet würden.

Der Landtagsabgeordnete Henning Kaul forderte die Bürgermeister dementsprechend auf, anstelle in Berching in Berlin zu demonstrieren. Kaul hob die Bedeutung der KPV auch für die Landtagsfraktion hervor. In der Regel seien die Vertreter der KPV der erste Gesprächspartner für die Fraktion bei kommunalen Fragen. Die KPV ist die Vereinigung der kommunalen Mandatsträger der CSU. Landesweit gehören ihr über 15.000 Bürgermeister, Stadt-, Gemeinde- und Kreisräte sowie Landräte und Bezirksräte an.

Die Kreisversammlung der Kommunalpolitiker des Land-

kreises Aschaffenburg wählte satzungsgemäß weitere acht Beisitzer in den Kreisvorstand: Reinhold Glaser (Mömbriß), Franz Roth (Weibersbrunn), Josef Kilgenstein (Westerngrund), Andrea Lindholz (Goldbach), Alexander Legler (Alzenau), Heinz Kress (Johannesberg), Kurt Baier (Glattbach) und Helmut Schuhmacher (Alzenau). Als Delegierte in die Bezirksversammlung entsandt wurden Thorsten Rollmann (Großostheim), Andrea Lindholz, Reinhold Glaser, Helmut Schuhmacher, Alexander Legler, Franz

Roth, Josef Kilgenstein sowie der Vorsitzende und seine Stellvertreter. Als Ersatzdelegierte benannt wurden Hans Mertens (Haibach), Hubert Friedrich (Großostheim), Heinz Kress und Kurt Baier.

Der neu gewählte KPV-Kreisvorsitzende Dr. Reuter kündigte als weitere Veranstaltungen für die Kommunalpolitiker noch in diesem Jahr Informationsveranstaltungen zu den rechtlichen Grundlagen der Fraktionsarbeit im Gemeinderat sowie zu Fragen der Öffentlichkeitsarbeit in der Kommunalpolitik an.

Frauen-Power bei der KPV Neu-Ulm

Beate Altmann, seit Mai 2002 im Kreistag, ist neue Kreisvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Landkreis Neu-Ulm. Zu ihrer Stellvertreterin wurde die Neu-Ulmer Stadträtin Julia Lidl gewählt. Beide sind erst seit einem Jahr kommunale Mandatsträgerinnen und vertreten die junge Generation bei den Neu-Ulmer Christ-Sozialen.

Herbert Pressl, er stand 12 Jahre an der Spitze der Kommunalpolitiker, und sein bisheriger Stellvertreter Josef Walz (Bürgermeister des Marktes Pfaffenhofen a. d. Roth) hatten auf eine Wiederwahl verzichtet.

Bezirksrat und stellvertretender Landrat Herbert Pressl wies in seinem Rechenschaftsbericht auf die finanzielle Lage von Bezirk, Kreis, Städte und Gemeinden hin. Er sah insbesondere auch als neu gewählter Bürgermeister im baden-württembergischen Kirchberg nach dem Ergebnis der Bundestagswahl weitere magere Jahre auf die Kommunen zukommen.

Den Vorschlag des Vorgängers, neu gewählten Mandatsträgern durch Kurse und Seminare Hilfestellungen zu geben, griff die 36-jährige Hauptschullehrerin Beate Altmann auf und kündigte Schulungen im Haushalts- und Satzungswesen an. Mit der angehenden Wirtschaftsjuristin Julia Lidl

an der Seite und Sebastian Knaur, Stephan Hagenmüller, Gisela Schäfer sowie Werner Salzmann



Beate Altmann.

als weitere Vorstandsmitglieder wurde zwischenzeitlich ein umfangreiches Jahresprogramm erarbeitet. Die KPV Neu-Ulm möchte auch weiterhin eine Kaderschmiede kommender Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen sein. Hans Joas

Oberbayerischer Gemeindegtag:

Resolution zur Zweitwohnungssteuer

Der oberbayerische Gemeindegtag hat bei seiner Tagung in Herrsching einstimmig eine Resolution zur Einführung der Zweitwohnungssteuer verabschiedet. Danach hat die Bayerische Staatsregierung sich bislang den Bemühungen zahlreicher Gemeinden in Tourismusgebieten sowie nachhaltigen Forderungen des Bayerischen Gemeindegtags auf die gesetzliche Zulässigkeit zur Erhebung einer sog. Zweitwohnungssteuer widersetzt. Hierbei wurde in der Vergangenheit stets auf die Einstufung der Zweitwohnungssteuer als sog. Bagatelsteuer nach Art. 3 Abs. 3 KAG und deren Unzulässigkeit verwiesen.

Die Belastung von Gemeinden in den Tourismusgebieten durch Zweitwohnungen ist nicht zu unterschätzen; der Gleichheitsgrundsatz gebietet es, die Nutzer von Zweitwohnungen in Fremdenverkehrsgebieten, welche ohnehin mit Rücksicht auf die Eigenart der Landschaft und Erholung schwierige Bedingungen für wie auch immer geartete Bauleitpläne haben, zur Mitfinanzierung gemeindlicher Einrichtungen einzubeziehen. So nutzen die Zweitwohnungsnutzer in gleicher Weise wie die Bürgerinnen und Bürger am Ort des Hauptwohnsitzes das Straßennetz, die Wasser- und Abwasseranlagen und viele weitere gemeindliche Einrichtungen, ohne dass hierfür ein eigener finanzieller Beitrag geleistet wird. Zweitwohnungsnutzer verändern in zum Teil bedeutendem Maße die demographische Kommunsituation dahingehend negativ, als durch die erhöhte Nachfrage die Grundstückspreise nach oben beflügelt und junge einheimische Familien in andere - günstigere - Gebiete mit niedrigeren Grundstückskosten förmlich vertrieben werden.

Mit einer gesetzlich zulässigen Zweitwohnungssteuer könnten die betreffenden Gemeinden in die Lage versetzt werden, die Investition und den Unterhalt der kostenintensiven Infrastruktur abzufedern und eine gerechte Lastenverteilung zwischen Haupt- und Zweitwohnsitznutzern herbeizuführen. Auch könnte sie dem Trend für noch mehr Zweitwohnsitzen entgegenwirken. Die Bürgermeister stellen fest, dass in der gegenwärtigen desolaten Haushaltslage der Kommunen eine Überprüfung des gegenwärtigen Missstandes dringend notwendig ist und neben den zahlreichen Maßnahmen zur Stabilisierung der kommunalen Finanzen die Zulässigkeit der Erhebung einer Zweitwohnungssteuer wie in den anderen Bundesländern auch in Bayern durch eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes zu legitimieren ist.

Die Bezirksverbandsversammlung Oberbayern des Bayerischen Gemeindegtags bittet die Bayerische Staatsregierung, die bisherige stringente Haltung aufzugeben und einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten.



Eine besondere „Bürgerfeier“ vereinte im Stadtsaal Dillingen zahlreiche Ehrengäste. Dabei wurde - wie in der GZ vom 5. Juni 2003 berichtet - an die Gemeindegebietsreform im Jahr 1978 erinnert. Damals sei, wie Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl in seiner Festansprache betonte, mit letztlich insgesamt sechs Eingemeindungen der Großen Kreisstadt der entscheidende Schritt in eine positive Zukunftsgestaltung gelungen. Zugleich wurde in der Festversammlung OB Weigl von zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens zum 60. Geburtstag gratuliert. Im Foto beim Festakt (von rechts): 2. Bürgermeister Anton Stehle, der Brand-Erbisdorfer Oberbürgermeister Volker Zweig, Dillingens Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, Regionaldekan Gottfried Felner, 3. Bürgermeister Heribert Immler. Bild: -jdt-

Stadt-Umland-Konzept:

„Impuls Westallgäu 10+“

Das Westallgäu beschreitet neue Wege in der Zusammenarbeit. Die Stadt Lindenberg und neun umliegende Gemeinden wollen ihre Entwicklung aufeinander abstimmen. Schwabens Regierungspräsident Ludwig Schmid sprach bei der Vorstellung des Konzepts in Lindenberg von einem „Pilotprojekt für Schwaben“.

Im Sommer 2001 beschlossen die Stadt Lindenberg i. Allgäu mit ihren 11500 Einwohnern und die darum herum liegenden Märkte Heimenkirch, Scheidegg, Weiler-Simmerberg und die Gemeinden Hergatz, Oberreute, Opfenbach, Röthenbach und Stiefenhofen (alle Landkreis Lindau) sowie der Markt Oberstaufen im Landkreis Oberallgäu die Zukunftsentwicklung der Region durch interkommunale Kooperation zu gestalten. In diesem Stadt-Umland-Raum leben rund 42.000 Einwohner.

Anlass war die Bildung einer Lokalen Aktionsgruppe für die EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER+. Diese hat sich mitt-

lerweile als Verein „Impuls Westallgäu 10+“ etabliert, dessen Zweck die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes ist. 1,6 Millionen Euro sollen hierfür ins Westallgäu fließen.

Rund 140 Bürger beteiligt

Ziel war neben der Erstellung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes eine ganzheitliche Konzeption für die Entwicklung des Stadt-Umland-Raumes um Lindenberg. Vor allem Ziele und Maßnahmen für wirtschaftliche Entwicklung, Siedlung und Verkehr sind hier

aufgegriffen worden. Dies war der Startschuss für einen umfassenden regionalen Entwicklungsprozess auf der Basis aktiver Beteiligung von rund 140 Bürgerinnen und Bürgern des Raumes.

Fünf Schlüsselbereiche

Während im Regionalen Entwicklungskonzept LEADER+ Strategien zur Entwicklung der „weichen“ Faktoren wie Zusammenarbeit, Vernetzung oder Image im Vordergrund stehen, liegt der Schwerpunkt im Stadt-Umland-Konzept auf Strategien zur Verbesserung der „harten“ Faktoren im spezifischen Handlungsbereich der Städtebauförderung.

Hier werden konkrete Maßnahmen und Projekte zur Entwicklung von Siedlungs- und Gewerbeflächen, der Ortskerne oder der regionalen Verkehrsorganisation aufgezeigt. Gemeinsam soll die Region in fünf Schlüsselbereichen weiterentwickelt werden: Holz und Energie, Erlebnis von Sport und Natur, Begegnung von Kulturlandschaft und Tradition, Tourismus, Zusammenleben in der Region, Marketing und Management der Region Westallgäu.

Die zehn Gemeinden bringen verschiedene Kompetenzen in die interkommunale Kooperation ein. Im Stadt-Umland-Konzept wird aufgezeigt, wie diese Kompetenzen zur Positionierung der einzelnen Gemeinde innerhalb der Zusammenarbeit weiterentwickelt und ergänzt werden können. Das Konzept fordert daher auf, die Ortsentwicklung der einzelnen Gemeinde nicht nur aus lokaler Sicht, sondern im Gesamtzusammenhang des Stadt-Umland-Raumes zu gestalten. Gemeinsam mit Fachleuten haben die Bürger konkrete Ziele und 400 Maßnahmen erarbeitet.

Mustersatzung angestrebt

Darüber hinaus werden Kriterien erarbeitet, wie die anfallende Gewerbesteuer verteilt werden soll. Zusammenarbeiten wollen die Orte auch bei der Vergabe von Wohnbauflächen. In fast allen Westallgäuer Gemeinden gibt es Einheimischenmodelle. Sie unterscheiden sich aber erheblich danach, wer zu welchen Bedingungen ein Grundstück von der Gemeinde erhält. Das soll sich ändern. Angestrebt wird eine Mustersatzung, die für alle zehn Orte gilt. Um die Projekte voranzutreiben, wurde ein Regionalmanager eingestellt. Der Diplom-Geograph hat seine Arbeit am 1. Juni aufgenommen. **DK**



Verwaltungsgemeinschaft Hörnergruppe 30 Jahre alt

Die Verwaltungsgemeinschaft Hörnergruppe konnte am 1. April 2003 auf ihr 30-jähriges Bestehen zurückblicken. Die VG Hörnergruppe hatte Modelcharakter, war sie doch die erste in Bayern überhaupt. Freiwillig schlossen sich seinerzeit zusammen die Gemeinden Fischen i. Allgäu, Ofterschwang, Bolsterlang und Obermaiselstein. Durch Rechtsverordnung der Regierung von Schwaben kam 1978 auch die Gemeinde Balderschwang - Bayerns kleinste selbstständige Gemeinde - zur VG Hörnergruppe. Die Geburtstagsfeier fand am Ofterschwanger Horn statt, wo sich die Bürgermeister einfanden, die die VG im letzten Vierteljahrhundert repräsentierten.

Auf dem Bild von links zu sehen: Bürgermeister i. R. Alfons Bilgeri, Balderschwang (1978 bis 2002), Bürgermeister i. R. Otto Schmid, Obermaiselstein (1973 bis 1990), Bürgermeister i. R. Toni Vogler, Fischen i. Allgäu (1977 bis 2002), 24 Jahre VG Vorsitzender, Landrat Gebhard Kaiser, Landkreis Oberallgäu, Bürgermeister i. R. Alois Diring, Bolsterlang (1973 bis 1990), Bürgermeister i. R. Hans Bader, Ofterschwang (1982 bis 2002). **DK**

Vorschau auf GZ 14

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 14, die am 10. Juli erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≪ Kommunale Baupolitik
- ≪ Schulen, Kindergärten, Horte
- ≪ Garten- und Landschaftsbau · Dorferneuerung
- ≪ Winterdienstplanung · Kommunalfahrzeuge
- ≪ Organisation, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung